

Zu diesem Heft:

Im Mittelpunkt dieses Heftes stehen Materialien der Konferenz "Wohin geht die Linke in Deutschland heute? Geschichtliche Erfahrungen und Perspektiven", die am 18. März 2006 in Berlin tagte. Es war ihr Anliegen, einen Beitrag zu den Vereinigungsbestrebungen der Linken und dem Parteineubildungsprozess zu leisten, insbesondere historische Erfahrungen für die Bewältigung der heutigen Aufgaben nutzbar zu machen. Sie führte damit die Debatten unserer Kolloquien im November 2004 und Oktober 2005 (vgl. Geschichtskorrespondenz 1/2005 und 1/2006) fort. Die Konferenz machte deutlich, dass es keinen Sinn hat, nach Analogien zu suchen, die auf heutige Herausforderungen zu übertragen wären, wohl aber der "Griff in die Geschichte" uns davor bewahren kann, Irrtümer und Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Wir veröffentlichen in dieser Nummer im Wortlaut die Vorträge von Günter Judick, Günter Benser und Hans Modrow sowie den Beitrag von Heinz Niemann. Ulrich Maurer verwies in freier Rede auf den Klärungsbedarf beider Partner des Parteineubildungsprozesses. Notwendig sei die Herausarbeitung eines klaren eigenen Profils der neuen Linkspartei - in scharfer Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus, insbesondere mit allen Privatisierungstendenzen. Dies sei in Kooperation mit einer auf einen neoliberalen Kurs festgelegten SPD nicht möglich. Auch deshalb könne Regierungsbeteiligung kein "Wert an sich" sein.

Das vorliegende Heft enthält ferner die Vorankündigung eines Kolloquiums am 18. November 2006 anlässlich des 150. Geburtstages von Georgi Plechanow (S. 35) sowie die Einladung zur Konferenz "1956 - Beginn einer neuen Phase der Systemauseinandersetzung. Fakten - Probleme - Wirkungen" am 23. September 2006 (S. 36).

Am 1. April tagte in Berlin das Kolloquium "Ernst Thälmann in unserer Zeit" anlässlich des 120.

Geburtstages des hervorragenden deutschen Arbeiterführers und Vorkämpfers gegen den Faschismus. Die Vorträge und weitere Beiträge des Kolloquiums werden im Juli-Heft der Geschichtskorrespondenz veröffentlicht.

Die Teilnehmer dieses Thälmann-Kolloquiums protestierten entschieden gegen den rüden, das geltende Denkmalschutzgesetz missachtenden Umgang mit der Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin und ihre beabsichtigte Liquidierung. Sie verurteilten den geschichtsrevisionistischen Versuch, auf diese Weise die Erinnerung daran auszulöschen, dass an diesem historischen Ort der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, bereits am 7. Februar 1933, wenige Tage nach Einsetzung der Hitlerregierung, auf einer illegalen Konferenz von Mitgliedern des Zentralkomitees und anderen Funktionären über die Aufgaben der KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur sprach. Sie erwarten, dass die zuständigen Behörden des Landes Brandenburg unverzüglich die Erhaltung dieser antifaschistischen Gedenkstätte garantieren.
Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial S. 1

Günter Judick Zusammengehen und Spaltungen deutscher Linker in der Weimarer Republik S. 3 - 11

Prof. Dr. Günter Benser Einigung und Widerstreit in der deutschen Arbeiterbewegung 1945/1946 und ihr heutiger Stellenwert S. 12 - 20

Dr. Hans Modrow Aktuelle Bestrebungen zur Vereinigung linker Kräfte in Deutschland S. 21 - 25

Prof. Dr. sc. Heinz Niemann Der Fusionsprozess von Linkspartei.PDS und WASG, unter drei Aspekten betrachtet S. 26 - 30

Dokument Max Fechner: Offener Brief an Dr. Schumacher S. 31 - 35

Vorankündigung S. 35

Einladung zur Konferenz S. 36

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel über Internet bzw. E-Mail.

Internet: www.linkspartei.de/marxistischer_arbeitskreis

E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@linkspartei.de

Interessenten ohne Internet-Zugang sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion (siehe unten). Die Geschichtskorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.
Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Linkspartei.PDS

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)

Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-9355139

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Juli 2006.

Günter Judick

Zusammengehen und Spaltungen deutscher Linker in der Weimarer Republik

Wir alle, auch die Ältesten unter uns, sind nicht mehr Zeitzeugen, um über die Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik aus eigener Erfahrung zu berichten. Das war unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus noch anders. Heute sind wir auf das Studium der Dokumente, auf biographische Darstellungen und andere Quellen angewiesen. Sie zeigen uns die deutsche Arbeiterbewegung in der ersten deutschen Republik insgesamt als eine starke politische Kraft von hohem Organisationsgrad, einer Vielfalt von Organisationen in allen Lebensbereichen, eines relativ stabilen Wählerpotentials zwischen 45 Prozent 1919 und immerhin noch 36 Prozent im November 1932. Zugleich ist diese Arbeiterbewegung tief gespalten in ihren strategischen Zielen, und in fast all ihren Organisationsformen, bindet der Kampf gegeneinander oft mehr Kräfte als der Kampf gegen eine stärker werdende Reaktion. Der Sieg des Faschismus 1933 ist eine Niederlage für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Auch heute noch ist es wichtig, nach den Ursachen zu forschen, die zu dieser Niederlage führten.

Marx hat in der Inauguraladresse der 1. Internationale 1864 darauf verwiesen, dass die Stärke der Arbeiterklasse in ihrer großen Zahl liegt. Doch "Zahlen fallen nur ins Gewicht, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet". Die deutsche Sozialdemokratie hatte in den fünfzig Jahren seither bis zum Beginn des 1. Weltkrieges vieles geleistet, um zur führenden Kraft der internationalen Arbeiterbewegung zu werden. Der Gedanke einer einheitlichen, durch große Zahl wirksame Organisation hatte dabei die immer stärker sichtbar werdenden Gegensätze über das historische Ziel zurückgedrängt, die Einheit der Organisation wurde als höchster Wert verteidigt, auch die Linke der SPD ließ sich immer darauf festlegen. Umso stärker wurde nach dem 4. August 1914, nach dem Ja der SPD zu den Kriegskrediten deutlich, dass Einheit für falsche Ziele missbraucht wurde, eine Trennung der revolutionären Marxisten von den Kriegssozialisten unvermeidbar wurde.

Der Trennungsprozess und die Herausbildung einer selbständigen Linken während des Krieges, behindert durch Kriegsrecht, Verhaftung der Führer und andere Repressalien war schwierig. Die Linken waren bestrebt, ihren Einfluss, ihre Bindung zu den Massen der Parteimitglieder, der Arbeiter und Soldaten auszubauen, sie mitzunehmen in den revolutionären Kampf. Genau das zu verhindern war das Bestreben der SPD-Führung, deshalb ging die Initiative der Spaltung von ihr aus. Wie stark der Gedanke der Einheit das Denken der Arbeiter beeinflusste, aber sich auch missbrauchen ließ, zeigte sich nicht zuletzt in der Novemberrevolution, als die USPD sich auf einen gemeinsamen "Rat der Volksbeauftragten" mit der SPD einließ, damit die Diskussion über deren Rolle bei der Unterstützung des imperialistischen Krieges verhinderte, um die zukünftige Einheit nicht zu behindern und auch die große Mehrheit des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte diesen faulen Kompromiss stützte. Liebknecht und Luxemburg, die Spartakisten störten diese Einheit, durften deshalb auf dem Kongress nicht einmal reden. Im Namen dieser zukünftigen sozialistischen Einheit beerdigte der Rätekongress die Weiterführung der Revolution, verzichtete mit dem Ja zur Nationalversammlung auf die Übernahme der Macht durch die Räte. Doch statt Einheit der Sozialisten formierte sich die wieder hergestellte Einheit der Kaisersozialisten mit der alten monarchistischen Generalsclique um Hindenburg, Wilhelms Gardekavallerie stellte die reaktionären Machtverhältnisse sicher, zog eine Blutspur von 15000 ermordeten Arbeitern über ganz Deutschland. In diesen Kämpfen entstand die KPD mit den Kadern des Spartakusbundes als Kern, aber unter Einbeziehung vieler anderer durch Krieg und Revolution wach gewordener linker Kräfte. Räte macht statt Nationalversammlung, Sozialismus oder Barbarei standen sich unversöhnlich gegenüber. Das Beispiel der russischen Revolution stand Pate bei der Herausbildung der KPD.

Zwei Wege der Arbeiterbewegung standen am Anfang der Weimarer Republik, hier Sicherung der Macht des Kapitals und der Generäle, gesichert auch durch soziale Versprechungen und bürgerlich-demokratische Staatsform, dort Weiterführung der sozialistischen Revolution durch Räte macht. Sie waren geschärft durch den Terror der Reaktion, den Mord der revolutionären Führer und tausender Revolutionäre. Die Trennung der Hauptlinien der Arbeiterbewegung war in Deutschland ein weitaus

schmerzhafterer Prozess als in den meisten anderen Ländern Europas. Die Verantwortung für die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Ansätze liegt eindeutig bei den damaligen Führern der SPD. Die immer wieder aufbrechende Unversöhnlichkeit beider Wege ist die Hauptursache dafür, dass es auch dann nicht zum gemeinsamen Handeln kam, wenn Offensiven der Reaktion, selbst als die Gefahr des Faschismus drohte.

Verteidigung der Demokratie als gemeinsame Aufgabe

Für die SPD war die Weimarer Republik ungeachtet ihres sozialen Inhalts, der bestrittenen Kriegsschuld, der Sonderstellung des Militärs das Staatsideal, das es gegen Angriffe von Rechts und Links zu verteidigen galt. Sie sah sich als die staatstragende Partei, obwohl sie bald aus der Regierung verdrängt war und nur insgesamt drei Jahre den Reichskanzler und nur sechs Jahre den Reichspräsidenten stellte. Gab es Positives, Verteidigungswertes an der Weimarer Verfassung? Manche Ziele, für die die SPD jahrzehntelang opferreich gekämpft hatte, waren in der Tat formal verwirklicht. Es galt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf allen Ebenen des Staates, das Frauenwahlrecht, die Regierung war dem Parlament verantwortlich, auf Mehrheiten angewiesen. Hatten dafür nicht die Sozialdemokraten erbittert gekämpft? Der Achtstundenarbeitstag war Gesetz, das Tarifrecht der Gewerkschaften anerkannt, Betriebsratswahlen möglich. Zwar gab es Schönheitsfehler, zum Beispiel den Notstandsartikel 48, mit dem das Parlament aufgelöst, mit Notverordnungen des Reichspräsidenten regiert werden konnte, die Reichswehr hatte eine Sonderstellung, unterstand nicht dem Parlament, sondern dem direkt gewählten Präsidenten, einem "Ersatzkaiser". Die Vormachtstellung Preußens in Deutschland war nicht gebrochen, doch welchen Sozialdemokraten störte das, solange die SPD in Preußen mitregierte?

Für Kommunisten war die Weimarer Republik primär ein Staat zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung, der zu jeder Zeit revolutionäre Arbeiter verfolgte. Das machte es schwer, auch positive, verteidigungswerte Seiten zu erkennen. Doch es gab eben auch die andere Seite, Monarchisten, offene Revanchekrieger, bald auch Faschisten, denen die Weimarer Republik aus unterschiedlichen Gründen nicht gefiel, vor allem weil sie gezwungen war, die Versailler Verträge zu erfüllen. Wie sollten sich die von der Republik verfolgten Kommunisten, schon 1919 bis Anfang 1920 in die Illegalität gezwungen, verhalten, wenn die rechte Reaktion versuchte, die Republik zu beseitigen?

Dreimal in den 14 Jahren der Weimarer Republik gab es praktische Prüfsteine. Im März 1920 putschten Einheiten der Reichswehr unter Führung von Kapp und General Lüttwitz, zogen, ohne auf Widerstand zu treffen, in Berlin ein und erklärten die Regierung, die nach Süddeutschland floh, für abgesetzt. Formaler Anlass war der Protest gegen die zum 1. April fällig werdende Reduzierung der Reichswehr auf 100.000 Mann entsprechend dem Versailler Vertrag. Der Putsch scheiterte am Generalstreik aller Gewerkschaften, während keine Einheit der Reichswehr bereit war, die Regierung zu schützen. Der Reichswehr traten bewaffnete Arbeiter in einigen Teilen Deutschlands entgegen, die Rote Ruhrarmee befreite das gesamte Ruhrgebiet von putschenden Streitkräften. Die kämpfenden Arbeiter, Sozialdemokraten, USPD-Mitglieder, Kommunisten und Syndikalisten, verlangten Garantien für die Entmachtung der Putschisten und der Monopolherren. Doch nach der Flucht der Putschisten ins Ausland, der Rückkehr der Regierung nach Berlin wurden Truppen der Reichswehr gegen die Rote Ruhrarmee in Marsch gesetzt, weißer Terror begann gegen die Verteidiger der Republik. Zwar musste Noske gehen, aber der Versuch einer sich auf die Gewerkschaften stützende "Arbeiter-Regierung" scheiterte. Die KPD hatte einem solchen Versuch wohlwollende Tolerierung zugesagt. Doch der erfolgreiche Abwehrkampf führte nicht zur Linksentwicklung, sondern zu Neuwahlen mit einer Stärkung der Rechtsparteien und einem Ausschalten der SPD. Die Putschisten scheiterten, ihre Helfershelfer stabilisierten ihren Einfluss.

Der Kapp-Putsch beschleunigte Prozesse in der Arbeiterbewegung. Ein links-radikaler Flügel trennte sich von der KPD, bildete die KAPD. Andererseits forderte ein wachsender Teil der USPD-Mitglieder den Anschluss an die kommunistische Internationale und damit die Vereinigung mit der KPD. Auf dem Parteitag in Halle folgte die Mehrheit der USPD dieser Forderung, mit dem Zusammenschluss des linken USPD-Flügels mit der KPD wurde die VKPD zur Massenpartei. Mit einem

Offenen Brief an alle anderen Arbeiterorganisationen versuchte die VKPD - ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten - eine Abwehrfront gegen Kapitalangriffe zu formieren, eine zweifellos richtige Konzeption, weil die Unternehmer das Wahlergebnis und eine zeitweilige wirtschaftliche Stabilisierung sofort zum Angriff auf Lohn und soziale Rechte nutzten. Als bei den preußischen Landtagswahlen in einigen Bereichen, zum Beispiel im Wahlkreis Merseburg, die VKPD stärkste Partei wurde, war das für die preußische Regierung Anlass, die Arbeiter des Mansfelder Reviers und der Leuna-Werke zum

bewaffneten Widerstand gegen den Polizeieinmarsch zu provozieren. Das wiederum führte zu Differenzen zwischen "Offensivtheorien" und Anhängern der Fortsetzung der Politik des Offenen Briefes, zum Austritt einiger Parteiführer. Die Krise konnte erst mit Hilfe der KI beigelegt werden.

1923 brachte die Ruhrbesetzung eine neue Krise der Republik. Die Wirtschaft lag durch Kohlemangel brach, die Währung stürzte im Ergebnis des passiven Widerstands der deutschen Katastrophenpolitiker um Reichskanzler Cuno ins Unermessliche. Die Inflation brachte Not über die Arbeiter, aber auch den Ruin vieler Mittelständler. Separatisten drohten mit der Abspaltung des Rheinlandes, auch Bayern einschließlich der dort stationierten Reichswehr kündigten die Loyalität zum Reich. Es gab viele Anzeichen des Heranreifens einer revolutionären Krise.

Im August führt ein Generalstreik - gegen den Willen der SPD - zum Sturz der Cuno-Regierung. Die neue Stresemann-Regierung, in die auch wieder SPD-Minister eintreten, beendet den passiven Widerstand an der Ruhr, leitet Maßnahmen zur Währungsstabilisierung ein. In Westdeutschland führen Arbeiter unter Führung der KPD erfolgreich den Abwehrkampf gegen die Separatisten. In Sachsen und Thüringen entscheidet sich die Mehrheit der Landtagsfraktionen der SPD für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Zur Abwehr der von Bayern ausgehenden Gefahr eines faschistischen Marsches auf Berlin entstehen die ersten proletarischen Hundertschaften über Parteigrenzen hinweg. Anfang Oktober putschen in Küstrin Einheiten der Schwarzen Reichswehr. Angesichts dieser zugespitzten Lage orientiert die KPD auf den Sturz der Stresemann-Regierung und die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland. In Sachsen und Thüringen, wo die SPD bereit ist, zusammen mit den Kommunisten solche Regierungen zu bilden, treten Kommunisten in die Regierungen ein.

Doch während die Reichsregierung nichts gegen den drohenden faschistischen Putsch in Bayern unternimmt, lässt sie sofort starke Reichswehreinheiten in Sachsen und Thüringen einmarschieren. Ebert verkündet den Ausnahmezustand, überträgt dem Militär die vollziehende Gewalt. Der Versuch, auf einer Betriebsrätekonferenz in Sachsen einen Generalstreik zu beschließen, scheitert an der sozialdemokratischen Mehrheit, auch weil SPD-Arbeiter noch daran glauben, der Reichswehraufmarsch richte sich gegen Bayern. Unter diesen Umständen ist eine geplante Steigerung der Kampfformen und des Kampfes um eine deutsche Arbeiter- und Bauern-Regierung nicht möglich. Die Zentrale der KPD sagt den vorbereiteten Kampf ab. Nur in Hamburg beginnen einige hundert Kommunisten für einige Tage einen bewaffneten Aufstand, der ursprünglich als ein Ablenkungskampf für Sachsen gedacht war. Die KPD wird in ganz Deutschland verboten. In der KPD führt das zu einem Führungswechsel mit einer von Linksradikalen geprägten Führung (Ruth Fischer, Arcadi Maslow) bis zum Oktober 1925.

1925 wird, nach dem plötzlichen Tod Friedrich Eberts, im zweiten Wahlgang der gemeinsame Kandidat aller Rechtsparteien, der ehemalige kaiserliche Oberbefehlshaber Paul von Hindenburg, zum Reichspräsidenten gewählt. Die folgenden Jahre werden von Regierungen des Bürgerblocks bestimmt, die SPD ist im Reich Oppositionspartei. Nach der Stabilisierung der Mark und einer vor allem die einfachen Menschen belastenden Reparationslösung beginnt mit Hilfe ausländischer Kredite und massiver Angriffe auf die Löhne und den Achtstundentag ein wirtschaftlicher Aufschwung. Nach Präsidentenwahl und monarchistischer Regierungsbeteiligung verlangen jetzt die abgesetzten deutschen Fürsten die finanzielle Entschädigung für ihre früheren Einkommen. Angesichts des bitteren Elends von Millionen ist das eine offene Provokation. Dagegen richtet sich die bedeutsamste gemeinsame Aktion der beiden Linksparteien und beachtlicher Teile des demokratischen Bürgertums, die mit einem Volksbegehren die Durchführung eines Volksentscheids gegen die Fürstenabfindung erzwingen. Für die Enteignung der Fürsten stimmen mehr als 14,5 Millionen Wähler, trotz Hetze und

Boykottaufrufen aller reaktionären Parteien. Das sind fast vier Millionen Wähler mehr, als die beiden Parteien bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 erhalten haben. Dennoch wird das Ziel verfehlt, da Hindenburg das Begehren als verfassungsgändernd einstuft und die dann erforderlichen 50 Prozent der Stimmen nicht erreicht werden. Die deutschen Länder erfüllen - mit den Stimmen der SPD - in der Folge die Forderungen der Fürsten. Der relative Erfolg des gemeinsamen Handelns führt in der seit Oktober 1925 veränderten Führung der KPD in den Folgejahren zu Überlegungen, erneut ein Aktionsprogramm mit Übergangsforderungen zu entwickeln. Sie stoßen auf Widerstand linker Strömungen, die das als Opportunismus bekämpfen und schließlich sich im Leninbund organisieren, aus der Partei ausscheiden und bis 1928 eine eigene abgespaltene Reichstagsfraktion bilden.

Es sind also eine Reihe Erfahrungen des Ringens um die Sammlung proletarischer Kräfte, die in die Diskussion um den gemeinsamen Kampf gegen den drohenden Faschismus einfließen. Neben Erfolgen stehen dabei für die KPD auch immer Erfahrungen mit Fraktionsbildungen und Abspaltungen, die Einheit und Handlungsfähigkeit beeinflussen. Zudem gibt es die durchgängige Erfahrung, dass eine an der

Regierung beteiligte Sozialdemokratie sich im entscheidenden Augenblick immer für die Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital entscheidet.

Die Kommunistische Internationale als Faktor für die Entwicklung der Strategie der KPD

Die KPD gehörte, wenn auch am Anfang zögernd, zu den Gründungsparteien der Kommunistischen Internationale, war stets deren zweitstärkste Partei und entsprechend in ihren Führungsorganen vertreten. Gegründet in der Erwartung, dass die Oktoberrevolution nur das Signal für weitere sozialistische Umwälzungen sein würde, richteten sich die Hoffnungen vor allem auf eine baldige deutsche Revolution. Umgekehrt war für die deutschen Kommunisten die Räte-macht in Russland das Vorbild für die eigene Zielstellung. Betonte Lenin 1920 noch deutlich, dass die Oktoberrevolution nur in den Grundzügen internationale Bedeutung habe, die einzelnen Völker jedoch auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Formen zum Sozialismus gelangen würden, so wurde nach Lenins Tod die Sowjetunion in wachsendem Maße zum Modell hochstilisiert, ohne sowohl die besonderen Bedingungen als auch den erreichten Entwicklungsstand zu berücksichtigen. Rosa Luxemburgs Vorbehalte gegen eine zu frühe Gründung der Internationale und ihre Sorge, bei nur einem siegreichen Land werde die Internationale zwangsläufig unter dessen bestimmenden Einfluss geraten, erwiesen sich als nicht unbegründet. Lenins Autorität hatte in der schwierigen Entwicklungsphase der KPD nach der Ermordung ihrer führenden Kader bedeutende Hilfe geleistet für die Entwicklung einer beweglichen, den Bedingungen entsprechenden Politik. So trugen die 21 Aufnahmebedingungen für die KI erheblich dazu bei, den Klärungsprozess in der USPD zu beschleunigen. Andererseits hatte er auch Verständnis für die parlamentarismusfeindliche Position der KAPD, schrieb ihre radikalisierten Arbeiter nicht ab, sondern bemühte sich, sie vom falschen Verhalten zu überzeugen. So waren zum II. Weltkongress der KI sowohl Delegationen der USPD wie der KAPD mit Beobachterstatus eingeladen, standen neben den Aufnahmebedingungen mit ihrer Abgrenzung nach rechts auch Lenins Arbeit über den Linksradikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus zur Diskussion.

Bedeutsam war Lenins Eingreifen in die Diskussion, als es um den Charakter der März-kämpfe in Mitteldeutschland 1921 ging. Die Mehrheit der deutschen Parteiführung mit Heinrich Brandler und anderen hielt den aufgezwungenen bewaffneten Kampf um Mansfeld und Leuna für den Beginn einer neuen revolutionären Offensive. Sie wurden dabei auch von in Deutschland tätigen Vertretern der KI unterstützt. Eine Minderheit der KPD-Führung, darunter der Parteivorsitzende Levi, aber auch Clara Zetkin und mehrere der aus der USPD kommenden Funktionäre wandten sich gegen diese Einschätzung, unterstrichen den Abwehrcharakter. Als Levi in einer Broschüre sich öffentlich von diesen Kämpfen distanzierte und sie als Putschismus charakterisierte, wurde er wegen Disziplinbruch ausgeschlossen. Clara Zetkin legte ihre Funktion in der Zentrale nieder. Für die gerade entstandene VKPD, für ihre mit dem Offenen Brief eingeleitete Politik zum einheitlichen Handeln der Arbeiterorganisationen entstand eine echte Krise.

Lenin unterstützte die Parteimehrheit nur in einer Frage: Der Ausschluss Levis war wegen Disziplinbruch notwendig. Inhaltlich jedoch wandte er sich gegen die Offensivtheoretiker, hielt den Kurs des Offenen Briefes für richtig, um das Kräfteverhältnis zu verändern. Auf dem III. Weltkongress wird diese Diskussion fortgesetzt unter anderem in einer Diskussion zwischen Vertretern der deutschen und der sowjetrussischen Delegation, bei der es zur einzigen Begegnung Thälmanns mit Lenin kommt. Thälmann lässt sich dabei nicht voll überzeugen, betont aber, dass er aus Parteidisziplin die Beschlüsse zur Einheitsfront erfüllen werde.

Der dritte und vierte Weltkongress sind gezeichnet von der Politik "Heran an die Massen" und der Suche nach Übergangslösungen. Im Mittelpunkt steht der Kampf um Arbeiter- und Bauernregierungen. Allerdings wird deren Charakter nicht eindeutig bestimmt. Für den Vorsitzenden der KI, Sinowjew, sind sie, im Gegensatz zu Lenins Meinung, nicht Übergangsform, sondern Synonym für die Diktatur des Proletariats. So werden im Herbst 1923, als Lenin schon an der Arbeit nicht mehr teilnehmen kann, in Moskau auch im Zusammenhang mit den Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen Ziele festgelegt, sie zum Ausgangspunkt für einen deutschen Oktober zu machen. Bei der Auswertung der Niederlage steht folglich nicht die falsche Analyse zur Diskussion, sondern das angebliche Versagen der "rechten" Führung unter Brandler und Thalheimer. Der V. KI-Kongress stärkt die ultralinken Gruppen in der KPD. Sinowjew richtet seinen Angriff gegen die "Linken" in der Sozialdemokratie, erstmals wird von der Sozialdemokratie als linkem Flügel des Faschismus gesprochen, Stalin setzt sich mit dem Luxemburgismus auseinander. Die ultralinke Führung der KPD greift das Thema der "Bolschewisierung der KPD" begeistert auf. Das ändert sich, als 1925 eine erweiterte Tagung des EKKI zu einer neuen Einschätzung der internationalen Lage kommt und von einer relativen Stabilisierung des Kapitalismus spricht. Jetzt geht es

darum, revolutionäre Politik für eine zumindest kurzfristig nicht revolutionäre Etappe zu entwickeln. Alarmiert von dem sichtbaren Rückgang des Masseneinflusses der KPD, sie verliert zwischen Mai und Dezember 1924 rund eine Million Stimmen, hat kaum noch Einfluss in den Gewerkschaften. Dennoch löst der X. Parteitag die Führungskrise nicht. Erst das Eingreifen des EKKI mit einem Offenen Brief und eine dadurch eingeleitete Parteidiskussion führt zu einer Änderung der Parteiführung. Thälmann wird Vorsitzender, die Partei wird konsequent auf Betriebszellen umgestellt, eine Gewerkschaftsabteilung geschaffen. Ins ZK werden Mitglieder der "Mittelgruppe" aufgenommen, die vorher abgewählt waren, es entsteht ein ZK der Konzentration der Kräfte. Ruth Fischer, bis dahin leitend im Politbüro und Mitglied des EKKI, wird in Moskau festgehalten, wie schon vorher Brandler und Thalheimer. Als Fischer später gegen den Beschluss des EKKI nach Deutschland zurückkehrt, wird sie ausgeschlossen. So wichtig die Veränderungen für die Politik der Partei, für die Stabilisierung ihres Masseneinflusses waren, bleibt die bedenkliche Methode, mit der zweimal in einem Jahr die KI per Beschluss und unter Ausschaltung der betroffenen Genossen in die Führung der KPD eingreift. Hier beginnt ein Verständnis von Par-teidisziplin und Unterordnung unter Beschlüsse höherer Organe - vom 10. Partei-tag in einem neuen Parteistatut verankert, das nicht der innerparteilichen Demo-kratie dient und mehrfach zu erheblichen Kaderverlusten und Abspaltungen führt. (Lenin Bund/KPD/O.) Nicht zu übersehen ist, dass die nach Lenins Tod beginnenden Fraktionskämpfe um die KPdSU-Führung sich über die KI auch in der KPD auswirken.

Einschnitt 1928: Müller-Regierung und VI. Weltkongress

Für die Beurteilung der Möglichkeiten für den gemeinsamen Kampf der Arbei-terbewegung gegen den drohenden Faschismus sind zwei Fakten von Bedeutung: In Deutschland übernimmt zum ersten Mal seit 1920 ein Sozialdemokrat die Kanzlerschaft - Hermann Müller. Die Wahlen 1928 erlauben keine Fortsetzung der Bürgerblockregierung. Müller ist Kanzler einer "Großen Koalition" von der SPD bis zur DVP. Die SPD hat erhebliche Stimmengewinne mit ihrer Propaganda gegen den geplanten Bau des Panzerkreuzers A. Mit den 21 Monaten seiner Kanzlerschaft sind verbunden: Der Panzerkreuzer wird mit Zustimmung der SPD-Minister gebaut, die Regierung erreicht die Aufhebung der Rüstungskontrollen in der deutschen Industrie, die kämpfenden Arbeiter im Nord-West-Streik werden enttäuscht, Versprechungen nicht gehalten, ein zweiter Schiedsspruch ist eine Kapitulation vor den Unternehmern, Zusammenschießen der Demo zum 1. Mai 1929, Verbot des RFB,

ein neues Reparationsabkommen. Als das mit den notwendigen Stimmen der SPD ratifiziert ist, kann Müller nach 21 Monaten gehen. Es beginnt die Präsidialdiktatur Hindenburg/Brüning mit ihren Notverordnungen und der sprunghafte Anstieg der NSDAP.

Nicht weniger bedeutsam sind die Veränderungen in der Strategie der KI. Nach langer Diskussion beschloss der VI. Weltkongress das Programm der Kommunistischen Internationale. An diesem Programm hatten unter Federführung Bucharins, des damaligen Vorsitzenden der Internationale, auch deutsche Kommunisten teilgenommen.

In der Diskussion wurden die unterschiedlichen Formen des Kampfes um den Sozialismus entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen herausgearbeitet. Für die hochentwickelten kapitalistischen Länder - darunter Deutschland - wurde im Programm festgelegt, dass es hier keine Übergangsformen, sondern nur den direkten Kampf um den Sieg der sozialistischen Revolution geben kann.

Der Weltkongress ging davon aus, dass eine dritte Etappe der Nachkriegs-entwicklung begann - nach Nachkriegskrise und relativer Stabilisierung, die bestimmt wird durch neue Krisen des Kapitalismus, Kriegsgefahr und Revolution. Wenn aber die Revolution unmittelbares Ziel war, dann ging es darum, die Stützen der kapitalistischen Macht zu bekämpfen. Hauptstütze des Kapitals in der Arbeiterklasse aber war die Sozialdemokratie, die die Arbeiterklasse am Kampf um die Macht hinderte. Und mehr noch durch Stalin in der beginnenden Ausein-andersetzung mit Bucharin verstärkt: Die Hauptfeinde waren die linken Sozial-demokraten, die durch revolutionäre Scheinlösungen ausschließlich die eine Auf-gabe hatten, die Arbeiter von den Kommunisten abzuhalten.

Es wäre falsch zu sagen, dass die KI nicht auch die Drohung des Faschismus erkannt hätte, der als eine extreme Herrschaftsform des Kapitals gesehen wurde. Allerdings unterstrich vor allem Stalin, aber auch die KI, dass sich insgesamt in allen kapitalistischen Herrschaftsformen mehr und mehr faschistische Methoden durchsetzten. So galt Brüning und erst recht Papen bereits als faschistoide Herrschaft. Wer, wie die SPD, Brüning als das kleinere Übel stützte, war folglich der "linke Flügel des Faschismus".

In allen Dokumenten der KPD, auch in so wichtigen wie dem Programm der nationalen und sozialen Befreiung, bestand die Alternative zum Faschismus in der sozialistischen Revolution, dem Kampf um ein Räte-deutschland. Umgekehrt sah die Sozialdemokratie im Ausbau ihrer Beziehungen zur Reichswehr, in

der Stütze Brüning als "kleineres Übel", ja selbst in der Unterstützung des Erzmiträsidenten Hindenburg bei seiner Wiederwahl als Reichspräsident die Garantie der Verhinderung Hitlers.

Massenmobilisierung für ein Ziel, das angesichts des wachsenden faschistischen Heeres nicht in einem Angriff erreichbar war, Demobilisierung des Widerstandswillens durch kleinere Übel waren die Positionen, die sich letztlich trotz vieler Bemühungen wie der Antifaschistischen Aktion nicht überwinden ließen. Dabei gilt es allerdings auch zu sehen, dass es ehrliche Bemühungen sowohl demokratischer Intellektueller, etwa um die "Weltbühne", gab, bei der Überwindung der beiderseitigen Blockade zu helfen. Und wir dürfen auch die großen Bemühungen der Zwischengruppen wie der SAP, der KPO und auch der Trotzlisten nicht übersehen, obwohl es keiner dieser Gruppen gelang, breiteren Masseneinfluss zu erlangen. Viele Angehörige dieser Gruppen, die wir oft als Parteifeinde abstempelten, erwiesen sich als mutige antifaschistische Kämpfer.

Geschichte ist geronnene Politik, sie hat den Nachteil, das wir sie bei aller Einsicht nicht korrigieren können. Historiker haben die Pflicht, sie in ihrer Widersprüchlichkeit, in ihren wichtigen Zusammenhängen zu erkennen. Parteilichkeit darf nicht dazu führen, Selbstkritik zu verhindern, wenn wir zukünftigen Sozialisten unsere Erfahrungen vermitteln. Dazu gehört, dass wissenschaftliche Politik die Analyse aller Bedingungen in einer gegebenen Zeit beachtet, und soweit das überhaupt möglich ist, Wunschenken nicht zur Grundlage unseres Handelns zu machen.

Prof. Dr. Günter Benser

Einigung und Widerstreit in der deutschen Arbeiterbewegung 1945/1946 und ihr heutiger Stellenwert
Über die Chancen, Realitäten und Probleme der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung ist bereits auf der Apriltagung 2005 gesprochen worden.¹ Diesmal soll die Aufmerksamkeit speziell auf den Einigungsprozess in der Arbeiterbewegung gerichtet werden.² Dabei darf vorausgesetzt werden, dass die elementaren Fakten bekannt sind: Mit welchen Aufrufen KPD und SPD nach der Befreiung vom Faschismus angetreten waren, welche wegweisenden gemeinsamen Beschlüsse gefasst wurden, welche Konferenzen stattgefunden haben. Es muss auch darauf verzichtet werden, im einzelnen darzulegen, in welcher enger Wechselwirkung die Organisationsprozesse mit den gesellschaftspolitischen Veränderungen auf dem Felde der Politik, der Wirtschaft, der Kultur und Bildung - jedenfalls in der sowjetischen Besatzungszone - abgelaufen sind. Doch gerade dies zeichnete sie aus und unterschied sie erheblich von vorausgegangenen wie von heutigen Sammlungs- und Fusionsprozessen im linken Lager.

Wir sollten uns allerdings im klaren sein, dass "Linke" ein unscharfer Begriff ist. Zeitgenössisch wurde er meines Wissens in der unmittelbaren Nachkriegszeit im heutigen Sinne nicht benutzt. Am ehesten stoßen wir auf die Charakterisierung "linke Sozialdemokraten". Im Zentrum standen eindeutig die beiden Hauptströme der Arbeiterbewegung, die sich als kommunistisch oder sozialdemokratisch verstanden und auch so wahrgenommen wurden. Soweit es sich um langjährig organisierte Menschen handelte, besaßen sie eine unverkennbare kommunistische oder sozialdemokratische Identität.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die im April 1946 gegründet wurde, war jedoch mehr als ein Zusammenschluss traditionsbewusster und erfahrener Kommunisten und Sozialdemokraten. Es gab darüber hinaus einen enormen Zustrom neuer, bisher unorganisierter Kräfte, nicht zuletzt aus den Reihen der Jugendlichen. Von den Leuten, die 1946 über die KPD zur SED gelangten, war etwa jeder Zehnte bereits vor 1933 Mitglied der KPD gewesen.³ Von den Sozialdemokraten hatte schätzungsweise jeder Dritte oder Vierte bereits in der Weimarer Republik den Weg zur Partei gefunden.

Damit sind wir bei einem ersten Problem. Wir haben es einerseits mit Kadern zu tun, die über einen großen Erfahrungsschatz verfügten und stark durch zurückliegende harte Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und deren unversöhnlichen Richtungsstreit geprägt waren.⁴ Die Einigungsbewegung war also damit konfrontiert, dass in ihr zwei Richtungen nach Dominanz strebten, von denen letztlich die eine oder die andere obsiegen musste. Zum anderen stießen zahlreiche Menschen zur KPD wie auch zur SPD, die eine neue Orientierung suchten und bereit waren, sich politisch zu organisieren. Sie waren von alten Feindschaften höchstens indirekt berührt, wurden indes mit Streitpunkten konfrontiert, deren Tragweite sie kaum zu überschauen vermochten.

Der SED traten im ersten Jahr ihrer Existenz im Schnitt täglich 1200 Personen bei. Das können selbst bornierteste Interpreten nicht monokausal auf Zwang und Druck zurückführen, weshalb sie sich über solche Tatsachen lieber ausschweigen. 1947 waren von den Einwohnern über 14 Jahre in der SED organisiert: in Sachsen 13,1 Prozent, in Sachsen-Anhalt 13,1 Prozent, in Thüringen 11,8 Prozent, in Brandenburg 11 Prozent, in Mecklenburg 13,4 Prozent, in Berlin 4,7 Prozent. In den Ländern der sowjetischen Besatzungszone gehörte jeder vierte Industriearbeiter, jeder dritte Angestellte, jeder 16.

Land- und Forstarbeiter, jeder zehnte Bauer, jeder siebente Handwerker und Gewerbetreibende, jeder siebente Ingenieur oder Techniker und jeder dritte Lehrer der SED an.5

So gesehen war die SED zweifelsfrei eine echte Massenpartei. Und es fällt auf, dass die Stigmatisierung als "Zwangsvereinigung" in der Regel nur mit Vorgängen belegt wird, die sich im Funktionärkörper abgespielt haben, während die Hunderttausende, die sich damals für die Einheitspartei entschieden haben, außer Betracht bleiben.

Kurzatmige Vergleiche mit gegenwärtigen Sammlungsprozessen im linken Lager und mit der Herausbildung einer vereinigten Linkspartei sind nicht angebracht, denn die Situation war grundverschieden. All jenen, die sich einigermaßen in der Geschichte auskennen, werden Stichworte genügen. Zur Spezifik von 1945/1946 gehörten die unmittelbaren verheerenden Folgen von Faschismus und Krieg, die

Besetzung des Landes und seine Aufgliederung in Besatzungszonen, das allgemeine Kräfteverhältnis, das international von einem Linksruck gekennzeichnet war, so dass selbst Konservative von einem sozialistischen Zug der Zeit sprachen, ein Drang zur Einheit, der sich in vielen Ländern und auch auf internationaler Ebene entfaltete, einerseits die Lethargie vieler Menschen, andererseits die wachsende Überzeugung, dass nicht nur Wiederaufbau, sondern Neubeginn, grundlegende Veränderungen in den Macht-, Eigentums- und geistig-kulturellen Verhältnissen notwendig waren.

Heute hingegen wird die Frage des Zusammengehens oder des organisatorischen Zusammenschlusses linker Kräfte auf dem Hintergrund einer fest etablierten konservativen Hegemonie gestellt, als Widerstand gegen einen globalisierten Turbokapitalismus, der immer stärker militärische Züge annimmt, zu Zeiten des Abbaus, ja der Auflösung des Sozialstaates, die aber - zumindest in Deutschland - (noch) nicht auf einen unüberhörbaren Massenprotest stoßen und nicht zur Abkehr der Wählermassen von den Vollstreckern dieses Kurses geführt haben.

Stark unterscheiden sich die Akteure von damals von den Akteuren von heute. 1945/1946 handelte es sich um die Aktionseinheit und bald schon um die Vereinigung von zwei traditionsreichen, in der deutschen Geschichte und Gesellschaft festverwurzelten Arbeiterparteien, die sich gegenseitig tiefe Wunden zugefügt hatten. Sie konnten sich in ganz Deutschland nur im Korsett der Besatzungspolitik entfalten und waren letztlich auch überall zur Kollaboration mit der einen oder anderen Besatzungsmacht verurteilt. Heute geht es um ein Zusammenführen jener Reste der SED, die sich in der PDS gesammelt hatten und zu denen in geringem Maße jüngere Kräfte gestoßen sind; um ernüchterte Sozialdemokraten, die ihrer Partei den Rücken gekehrt haben; um klassenbewusste Gewerkschafter und um jene Kräfte aus den sozialen, ökologischen, feministischen, kulturellen und sonstigen alternativen Bewegungen, die auch eine politische und parlamentarische Interessenvertretung suchen. Die Altlasten, die heute einer Sammlung im linken Lager entgegenstehen, sind vor allem die Folgen des kalten Krieges und die Streitigkeiten über das Wesen und die Verfehlungen des sogenannten "Realsozialismus" wie um die Ursachen seines Untergangs.

Ein Brückenschlag über sechs Jahrzehnte hinweg kann also im wesentlichen nur grundsätzlicher, nicht aber konkret-anknüpfender Natur sein. Gleichwohl gibt es Gründe, weshalb die Rückschau auf die SED-Gründung ihre historisch-politische Brisanz behält:

Erstens: Die SED-Gründung war - unabhängig und vielfach im Widerspruch zu den Ambitionen der damaligen Akteure - ein entscheidendes Schlüsselereignis der schon früh einsetzenden zweigleisigen deutschen Nachkriegsentwicklung. Entsprechend wurde sie von Politikern der DDR und von ihnen folgenden Historikern mit glorifizierenden Wertungen versehen und als Voraussetzung für die Entstehung eines deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates verstanden, und das nicht unbegründet.

Umgekehrt war und ist die SED-Gründung in den Augen der tonangebenden bundesdeutschen Politiker und der dominierenden Geschichtserklärer und Meinungsbildner eine weichenstellende Ursache der deutschen Teilung und ein Meilenstein beim Übergang von der faschistischen in die kommunistische Diktatur. Von einer differenzierten, historisch ausgewogenen Beurteilung sind derartige Verabsolutierungen weit entfernt.

Zweitens: Mit der SED war eine Partei entstanden, die - im Positiven wie im Negativen - die Wesenszüge, die Strategien, die Mechanismen, die Politik in allen Bereichen und viele Seiten des Alltagslebens der DDR prägte und der eine hohe Verantwortung für Aufstieg und Niedergang der DDR zukommt. Mithin war geradezu vorgegeben, dass nach dem Kollaps der DDR sowohl die Delegitimierungskampagne ihrer Gegner als auch die Ursachenforschung ihrer Anhänger bei der Auseinandersetzung mit der SED, ihrer Geschichte, ihrem Macht- und Politikverständnis, ihrer Praxis auf zahlreichen Wirkungsfeldern einsetzte. Damit war verständlicherweise die Frage verbunden, ob und inwieweit Fehlentwicklungen aus den

Zusammenhängen der SED-Gründung heraus vorprogrammiert waren. Dass eine politisch eingebundene Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" mit der Gauck-Behörde im Hintergrund zu einem ausgewogenen Urteil kommen könnte, durfte im Ernst niemand erwarten, der eine Ahnung davon hat, wie Politik abläuft. Drittens: Die beiden Strömungen, um deren Zusammenführen vor 60 Jahren die Auseinandersetzungen stattfanden, bestehen unter veränderten historischen

Bedingungen fort. Sie stehen sich heute als um Wählergunst und politischen Einfluss konkurrierende Parteien in Gestalt von SPD, Linkspartei und weiteren linken Parteien und Zusammenschlüssen gegenüber. Das verleiht den inzwischen historisch weit zurückliegenden Vorgängen des Jahres 1946 noch immer eine politische Brisanz und verleitet dazu, Rückgriffe in die Geschichte auch dort vorzunehmen, wo diese von der Sache her eigentlich nicht am Platze sind.

Viertens: Es besteht die Gefahr, dass - aufgeschreckt durch das Projekt einer vereinigten Linkspartei mit Bezug zum demokratischen Sozialismus - sich manche Leute erneut zu einem tiefen Griff in die Kiste historischer und pseudohistorischer Argumentationen veranlasst sehen. Eigentlich hat sich mit dem 50. Jahrestag der Ereignisse die Thematik etwas verbraucht, denn 1996 hatten sich nicht nur die Historiker und die Medien, sondern auch Politiker aller Couleur in die Debatten eingeschaltet, bis hin zu Mitgliedern der Bundesregierung. Wie politisch motiviert das Ganze verlaufen war, mag man daran ermessen, dass es ab dem 23. April 1996 dieses Thema in der Öffentlichkeit schlagartig nicht mehr gab. Eine derartige Welle der Beeinflussung ist gegenwärtig nicht zu beobachten. Aber das kann sich auch ändern. Natürlich ist auch in Kreisen der Anhänger einer bundesdeutschen Linkspartei das Interesse an den Erfahrungen und Lehren von 1946 gestiegen. Zu den ernstzunehmenden geistig-kulturellen Gegebenheiten gehört, dass Linke-Ost und Linke-West in historischen Fragen unter dem Einfluss unterschiedlicher Erklärungsmuster herangewachsen sind.

Unter den Mitgliedern der Linkspartei.PDS sind noch Interpretationen aus DDR-Zeiten gegenwärtig. Diese fußten auf zwei Pfeilern: Auf der emotionalen, wie selbstverständlichen, Bejahung einer Einheitspartei als naturgemäße Organisationsform der Arbeiterklasse einerseits und auf deren - mit Berufungen auf den Marxismus - abgestützten theoretisch-ideologischen Begründung. Das hat sich als eine recht enge Betrachtungsweise erwiesen. Nicht zuletzt deshalb, weil 1989/1990 der Zugriff auf Akten möglich wurde, die bis dahin selbst exponierten Parteihistorikern versperrt waren. Das betrifft die Protokolle der Parteiführung der KPD und die sich dort offenbarenden Entscheidungsprozesse; die Verhaltensweisen und Betroffenheit der SPD-Strukturen, vor allem auch der mittleren Ebene; das Zusammenspiel von KPD und sowjetischer Besatzungsmacht bis hin zu den mit Stalin geführten Beratungen. Wer sich da nur auf sein Zeitzeugenwissen verlässt, hat einen zu engen Horizont.

Von den Westlinken sind weit mehr pluralistische und konträre Erklärungsmuster der Entwicklung der Arbeiterbewegung zur Kenntnis genommen worden, nicht zuletzt auch die jener Leute mit marxistischer Tradition, die den stalinisierten Marxismus-Leninismus ablehnten und kritisierten, ohne in militanten Antikommunismus zu verfallen. Gleichwohl sollte man sich in diesen Kreisen nicht zu sicher fühlen, dass der antikommunistische mainstream sie absolut nicht erreicht hätte.

Die Crux besteht darin, dass wir es beim Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED mit einem äußerst widersprüchlichen Geschehen zu tun haben. Es ist nicht schwierig, für jegliche Interpretation auch Tatsachen anzuführen. Denn in der Realität gab es alles:

- freudiges, überzeugtes und aus eigenen, meist bitteren politischen wie persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen abgeleitetes Engagement für die Einheitspartei,
- rationales Überlegen und politisches motiviertes Bejahen des Zusammenschlusses von KPD und SPD,
- überwiegend gefühlsmäßiges, von Klassenempfinden bestimmtes Eintreten für die Einheitspartei,
- Mitläufertum und Vertrauen in die Entscheidungen der Parteiführungen,
- Argwohn, aber auch das Verdrängen eigener Zweifel,
- opportunistisches Einschwenken in den für unausweichlich gehaltenen Gang der Dinge,
- Widerstand gegen eine für verfrüht oder für verfehlt gehaltene Fusion wie auch für die Zurücknahme des Widerstandes auf Grund massiver ideologischer oder politischer Einwirkung,
- abgetrozte Teilnahme an der Einheitspartei durch indirekt oder direkt angekündigte Benachteiligungen, aber auch durch korrumpierende Versprechungen,

- erzwungenes Stillhalten oder Mitmachen angesichts von Einschüchterungen oder Drohungen seitens der sowjetischen Besatzungsmacht,

- politisches Ausschalten von Einheitsgegnern bis hin zu deren Verfolgung - nicht selten unter anderen Vorwänden -, was in Extremfällen zur Inhaftierung und zur Einweisung in sowjetische Lager führte, aus denen manche nicht zurückkehrten.

Das Problem besteht in den Relationen dieser Vorgänge, die sich kaum oder nur äußerst schwer quantifizieren lassen. Da können wir uns noch so sehr um Objektivität bemühen. Wer in der Einheit der Werktätigen eine Voraussetzung für eine sozialistische Gestaltung der Zukunft sieht, wird anders gewichtet als jemand, für den der Kapitalismus die vielleicht nicht rundum schöne, aber letztlich optimale Gesellschaftsordnung ist, die von linken Träumen oder gar Diktatorsüchtigen nicht gefährdet werden darf. Die Historische Kommission der PDS hat in ihrer Erklärung von 1995, zu der sie heute noch steht, benannt, wie und in welchem Maße bei der SED-Gründung Zwang im Spiel war, ohne die Pauschalisierung "Zwangvereinigung" zu akzeptieren und ohne den Entschuldigungspolitikern das Wort zu reden. Natürlich kann man die Frage stellen, ob nicht die bloße Anwesenheit von Zwang - wie auch immer - ausreicht, um ein Unternehmen zu desavouieren. Aber dann müssten wir die meisten Fusionen, sei es auf dem Felde der Politik oder Wirtschaft mit dem Zusatz "Zwang" versehen. Denn absolut freiwillig ging es selten zu, in der Regel handelt es sich um Fusionen von oben und nicht von unten. Am Ende stand überwiegend die Dominanz der einen oder anderen Seite.

Gleichwohl sind mit dem heutigen Erkenntnisstand viele negative, teils repressive Begleiterscheinungen des Zusammenschlusses von KPD und SPD zu benennen. Und es ist nicht zu akzeptieren, wenn Leute, die sich als Linke verstehen, unbequeme Tatsachen nicht an sich heranlassen wollen. Dennoch denke ich, dass diejenigen Recht haben, die repressive Momente nicht leugnen, aber in der Repression nicht die Drehachse des Geschehens sehen. Wahr ist, dass für die Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone - nicht zuletzt auch wegen der Brückierung des Zentralausschusses der SPD durch Kurt Schumacher - eine alternativlose Situation entstand, die nur noch den Marsch in die kommunistisch dominierte Einheitspartei zuließ. Das gilt allerdings nicht für jedes SPD-Mitglied, denn das konnte sich normalerweise der SED anschließen oder sich von ihr fernhalten.

Wir sollten im Rahmen der realen, konkreten, nicht nachträglich korrigierbaren Geschichte bleiben. Da ist es ahistorisch, wenn wir folgende Logik vorgeführt bekommen: Die SED-Gründung wäre akzeptabel, - wenn sich die sowjetische Besatzungsmacht total herausgehalten und eine Position absoluter Neutralität bezogen hätte (wozu ja keine einzige Besatzungsmacht bereit war), - wenn die Kommunisten auf jegliche Vorreiterrolle verzichtet und ihre Mobilisierungskampagnen unterlassen hätten (was ja die Preisgabe des eigenen Selbstverständnisses erfordert hätte), - wenn eine gesamtdeutsche Urabstimmung ein übervältigendes Votum für die Vereinigung von KPD und SPD erbracht hätte (wofür ja jegliche Voraussetzungen fehlten und was auch nicht den Traditionen der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland entsprach).

So ist Geschichte nicht abgelaufen, und dies sind auch keine Maßstäbe, die sich aus den realen historischen Umständen gewinnen lassen.

Es ist nicht redlich, wenn die Frage unterbleibt: Was sprach 1945/1946 für das Einheitspartei-Projekt? Die Befürworter und Vorkämpfer der Vereinigung hatten, soweit sie sich maßgeblich von der Theorie leiten ließen, ein plausibles, in sich schlüssiges Konzept, das sich dann auch die Geschichtsschreibung der DDR zu eigen gemacht hat. Es gab für die Zeitgenossen sehr überzeugende Gründe, die für eine einheitliche Arbeiterpartei sprachen:

- jüngste Erfahrungen mit Faschismus und Krieg, verbunden mit der Einsicht, dass der Vormarsch des Faschismus mit der Uneinigkeit im linken Lager zu tun hatte (hier lag aber auch die Gefahr der vereinseitigten Schuldzuweisung in die eine oder andere Richtung),
- mittelfristige Erfahrungen der Novemberrevolution, ausgedrückt in der Losung "Keine Wiederholung der Fehler von 1918" (dies berührte natürlich auch gravie-

rende Differenzpunkte hinsichtlich der Bewertung der Rolle der beiden Strömungen in dieser Revolution und in den Jahren der Weimarer Republik),

- erhebliche Übereinstimmung in der antifaschistisch-demokratischen Zielsetzung, wie sie in den Aufrufen vom 11. Juni (KPD) und vom 15. Juni (SPD) formuliert worden waren,
- das grundsätzliche Bekenntnis beider Parteien zum Sozialismus, begünstigt durch die Absage der KPD an ein Implantieren des Sowjetsystems und das Bejahen eines besonderen, den deutschen Bedingungen entsprechenden Weges zum Sozialismus.

Natürlich wirkten auch Grundüberzeugungen und tradierte Erinnerungen

- an den Siegeszug der einheitlichen Sozialdemokratie unter Bebel und Liebknecht,

- das politische Verständnis der Rolle der Arbeiterklasse als Träger und führende Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus,
- das theoretische Verständnis der Rolle der Arbeiterklasse, deren historische Mission es ist, mit der eigenen Befreiung die gesamte Menschheit zu befreien.

Nicht zuletzt sprachen für die Einheitspartei gefühlsmäßige Empfindungen der Zusammengehörigkeit, zumindest die Meinung, dass es keine unübersteigbaren Grenzen geben darf, wenn sich die "alte Scheiße" nicht wiederholen soll. Wir mussten aber auch zur Kenntnis nehmen und die Gegenwart bestätigt dies erneut: Mit Emotionen, mit allgemeinen Appellen zur Einheit der Linken können existierende Differenzen nicht einfach aufgelöst werden. 1945/1946 gab es der-artige Differenzen auch, und zwar in erheblichem Maße - in Bezug auf das Demokratieverständnis, auf den Weg zur Macht und den Gebrauch der Macht, auf das Parteiverständnis, auf das Verhältnis zur UdSSR und zur KPdSU(B), in der Frage, ob beziehungsweise inwieweit man in der sowjetischen Besatzungszone vordringen darf und welche Rücksichtnahmen auf gesamtdeutsche Lösungen geboten sind.

Darüber hinaus stellen sich aber auch grundsätzliche Fragen. Mit heutigem Erfahrungshorizont ist manches zu hinterfragen:

- Gab es noch so eine homogene Arbeiterklasse wie im 19. Jahrhundert, deren natürliche politische Vertretung eine Einheitspartei war? Schließlich hatten Krieg und Faschismus viele proletarische Milieus zerstört oder doch sehr beeinträchtigt und der Einbruch des Nazismus auch in die Arbeiterklasse ließ sich nicht übersehen.
- Ging es wirklich um Überwindung von Bruderkampf oder gar von bloßen Missverständnissen? Oder haben wir es nicht mit zwei Strömungen zu tun, die auf gravierende Fragen von Weg und Ziel unterschiedliche Antworten gegeben, unterschiedliche Identitäten ausgeprägt hatten, so dass in einer Einheitspartei in jedem Falle die eine oder andere Richtung dominieren musste?
- War das Zusammenführen von Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Einheitspartei (und zwar in solch einem raschen Tempo) uneingeschränkt die optimale Antwort auf die Herausforderungen der Zeit? Oder wären nicht andere Bündelungen der Kräfte (zum Beispiel eine längerfristige Aktionseinheit) besser geeignet gewesen, die politische Achse im gesamten nachfaschistischen Deutschland nach links zu verschieben?

Es gibt also gute Gründe, eine heute wünschenswerte Sammlung der Linken nicht in die unmittelbare Nähe von 1946 zu rücken. Wenn sich eine kräftige Linkspartei bilden sollte und zunehmend Anziehungskraft gewinnt, wird sie allerdings früher oder später mit Problemen der Vergangenheit konfrontiert werden. Dafür scheint sie mir mit dem, was in den "Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland" zu historischen Aspekten gesagt wird, nicht gerüstet zu sein, denn diese Aussagen erscheinen mir dürrig und in mancher Hinsicht konfus.

Dort heißt es: "Die Grundlagen für die alten Spaltungen innerhalb der Linken sind entfallen, selbst wenn dies noch nicht überall akzeptiert ist." Die Realität sieht aber anders aus. Es gibt nicht nur zunehmende Reibungen selbst unter den Befürwortern einer vereinigten Linkspartei. Vor allem aber stellt sich die Frage, ob die Autoren dieser Eckpunkte schon jenes linke Potential abgeschrieben haben, das gegenwärtig (noch) in der SPD seine politische Heimat sieht.

In den Eckpunkten sind die für die Linkspartei mobilisierbaren Kräfte wie folgt beschrieben: Dazu gehören radikaldemokratische, linkssozialdemokratische und linke antikapitalistische Positionen. Das klammert nicht nur jene gewinnbaren

Kreise aus, die gegenwärtig in kommunistischen Parteien und Verbänden organisiert sind und kollidiert wohl auch mit Zusammensetzung und Selbstverständnis der Europäischen Linkspartei. Damit werden auch Mitglieder der PDS vor den Kopf gestoßen, die ihre politische Sozialisation in der kommunistisch orientierten SED erfahren haben und die ihren Lebensweg nicht verleugnen wollen.

Die Autoren der Eckpunkte möchten - ihren Worten zufolge - eine linke Partei bilden, wie es sie in Deutschland seit 1914 nicht gegeben hat. Das liest sich, als ob der 4. August 1914 vom Himmel gefallen wäre, als ob die Sozialdemokratie von 1875 dasselbe gewesen sei wie die von 1890 oder 1905 oder 1913, als ob sich das "Zwischenstück" mit Oktoberrevolution, Novemberrevolution, Spaltung der Arbeiterbewegung, Untergang der Weimarer Republik, Faschismus und Krieg, getrennter Entwicklung in Ost und West, mit dem sozialistischen Versuch und seiner stalinistischen Deformation, mit kaltem Krieg und "roll back" überspringen oder wegdenken ließe. Die als Vorbild erscheinende alte Sozialdemokratie verstand sich weder als linke Partei im modernen Sinne noch hatte sie sich als pluralistisch definiert. In ihr gab es heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen zwischen Rechten, Linken und Zentristen, die der Partei jeweils ihren eigenen Stempel aufdrücken wollten. Nur in Zeiten relativ friedlicher Entwicklung hat

die Partei vor 1914 diesen Richtungskampf ausgehalten; in Zeiten revolutionärer Kämpfe musste dieses gemeinsame Dach zerbrechen und zurück blieb eine geschwächte, zur Nutzung historischer Chancen unfähige Linke.

Programatische Leitsätze sind kein Geschichtskompendium, und niemand sollte ihnen abverlangen, was sie nicht leisten können. Es ist indes schwer vorstellbar, dass Konfusion beim Umgang mit Geschichte oder - höflicher ausgedrückt - derartige Geschichtsrhantik ohne Folgen für aktuelle und perspektivische Orientierung einer Linkspartei bleiben wird. Gewiss - es gehörte zum Gründungskonsens der PDS, dass es kein verbindliches, parteioffizielles Geschichtsbild geben soll und kann. Es war aber auch Konsens, dass die PDS eine in der Arbeiterbewegung verwurzelte Partei ist. Ohne ein Mindestmaß an Übereinstimmung in der Beurteilung des zurückgelegten Weges wird es keine Übereinstimmung in der Gegenwartsanalyse und Zielbestimmung geben. Dann aber tauchen Fragen auf, an denen sich die Geister scheiden. Gegenwärtig vor allem die beiden folgenden (hier nur knapp umrissenen):

Ist das in der DDR unternommene Wagnis eines alternativen Weges per se abzulehnen und letztlich als Übergang von der braunen in die rote Diktatur zu verurteilen? Oder handelt es sich um ein (aus den Fugen geratenes und schließlich gescheitertes) historisch berechtigtes soziales und politisches Experiment, aus dem sich im Positiven wie im Negativen manches lernen lässt?

War die SED eine durch Zwangsvereinigung entstandene Partei, mit der das Vollzugsorgan sowjetischer Politik und die eigentliche Machtzentrale einer Diktatur geschaffen wurde, eine von Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung wegführende Abirrung? Oder haben wir es mit einer in der Arbeiterbewegung verwurzelten Entwicklung voller Widersprüche zu tun, weil die SED immer einen Doppelcharakter als Massenpartei und Kaderpartei besaß, und weil vieles, was von der Mehrzahl der Ostdeutschen als gut, vernünftig oder bewahrenswert angesehen wird, meist nicht - wie oft behauptet wird - der SED abgetrotzt werden musste, sondern vielfach ihren Intentionen entsprang?

In solchen und ähnlichen Fragen wird sich eine Linkspartei nicht permanent einer Positionierung entziehen können.

Was die SED-Gründung betrifft, sei zusammenfassend gesagt: Absage an Mythen - Ja. Von konservativen oder reaktionären Interessen geleitete Delegitimierung - Nein. Für ein kritisches Verständnis der Geschehnisse des Jahres 1945/1946 bedarf es des großen historischen Hintergrundes, wie er mit den epochalen Auseinandersetzungen des zurückliegenden Jahrhunderts nun einmal gegeben war. Sonst wird auch die aktuelle und perspektivische Politik kurzatmig und der Sog des mainstreams wird übermächtig. Gebraucht wird indes eine selbstbewusste Linkspartei, die gegen den Strom zu schwimmen vermag.

Anmerkungen:

1 Siehe Günter Benser: Antifaschistische Erneuerung nach 1945.Chancen - Realitäten - Probleme. In: Geschichtskorrespondenz Nr. 2/11. Jg; ausführlicher

in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2005/II, S. 4 ff.

2 Eingehend wurde dies thematisiert in meiner Schrift "Der Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis (= hefte zur ddr-geschichte 27), Berlin 1995, die nunmehr in einer 2., durchges. u. ergänzten Auflage (Berlin 2006) vorliegt.

3 Siehe hierzu Günter Benser: Zur sozialen und politischen Struktur der KPD und ihres Kaders (1945/1946). In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 1997/4, S. 17 ff.

4 Siehe den Beitrag von Günter Judick in diesem Heft.

5 Siehe Bericht des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den 2. Parteitag, Berlin 1947, S. 30, 35.

6 Siehe Günter Benser: Der 50. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. Eine historisch-kritische Nachlese. In: BzG 2/1997, S. 35 ff.

Dr. Hans Modrow

Ehrevorsitzender der Linkspartei.PDS

Aktuelle Bestrebungen zur Vereinigung linker Kräfte in Deutschland

Im geschichtlichen Rückblick wird sichtbar, wie oft und in welcher historischen Herausforderung und Größe die Notwendigkeit eines Zusammengehens der deutschen Linken bestanden hat. In der Weimarer Republik, im antifaschistischen Kampf und in der Nachkriegszeit. Immer waren es andere Bedingungen und doch bleibt ein durchgängiges Ziel - die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, für einen demokratischen Sozialismus.

Hier ist nicht Zeit und Raum, auch nicht der Anspruch, über das Thema des demokratischen Sozialismus und die Entstellungen der sozialistischen Idee bis zu den stalinistischen Verbrechen, wie sie der XX. Parteitag der KPdSU enthüllte und verurteilt hat, zu sprechen.

Es geht vielmehr um die konkrete Situation und die aktuellen Bestrebungen zur Vereinigung linker Kräfte in Deutschland, wie unser Thema lautet. Zunächst ein Wort zu den linken Kräften überhaupt. Geht es um die Selbstbestimmung, ist der Kreis sehr groß, geht es um eine differenzierte Betrachtung, schränkt er sich schon stark ein.

Nach den Wahlen im September 2005 hieß es, im Deutschen Bundestag ist nun eine Mehrheit für soziale Gerechtigkeit vertreten. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wurden gewählt. Die SPD wählte einen neuen Parteivorsitzenden, Matthias Platzeck, und der erklärte vollmundig, die Linke sind wir.

Einer seiner Vorgänger, Oskar Lafontaine, nun ein Co-Fraktionschef der Linken meinte, und mir scheint, er hat Recht, es gibt nur eine Linke im Deutschen Bundestag und das sind wir. Er betonte zugleich, eine Mehrheit für soziale Gerechtigkeit gibt es nicht. Die Verantwortung, für soziale Gerechtigkeit im Deutschen Bundestag einzutreten, liegt allein bei der Fraktion Die Linke.

Damit zurück zur Wahl des Deutschen Bundestages im September 2005 und der damit gewachsenen Chance für eine Vereinigung linker Kräfte in Deutschland. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erfüllen und der Genauigkeit eines Historikers gerecht zu werden, möchte ich etwas über die Entstehungsgeschichte aus der Sicht politischer Betrachtungen, über Abläufe, über Ansprüche und Debatten, über Chancen sagen.

1. Es sind zwei Parteien, die den Bildungsprozess betreiben, tragen und gestalten; andere organisierte, politische Kräfte haben keinen Anspruch auf Teilnahme erhoben bzw. keinen Antrag zum möglichen Beitritt gestellt. Auch die DKP nicht. Die PDS ist in diesen Prozess gegangen mit ihren Strukturen in Ost und West, mit ihrer Geschichte, die in Ost und West ganz unterschiedlich ist, mit ihrem Zuspruch in der Wählerschaft, der gleichfalls in Ost und West weit auseinander geht.

Die WASG ist im Ursprung aus einer klaren Abgrenzung zur SPD und einer Distanz zum politischen Wirken der PDS, ihrer Geschichte und ihrer Nähe zur alten DDR entstanden. Es war daher auch nur logisch, dass die WASG auf dem Gebiet der alten BRD ihre Begründung fand und sich in Konkurrenz mit der PDS sah.

Bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 traten beide Parteien getrennt an. Ernsthaftige Gespräche oder gar eine Konzeption für ein gemeinsames Auftreten gab es nicht. Die Gegensätze schienen noch größer als die Gemeinsamkeiten. Der WASG wurde in den Reihen der PDS zunächst eine Perspektive abgesprochen. Das Wahlergebnis unterstrich nur ein weiteres Mal, was es bringt, wenn linke Kräfte neben der SPD getrennt politisch kämpfen und so zur Wahl antreten. Das Ergebnis war, PDS unter einem Prozent - WASG über zwei Prozent und die SPD verliert ihre größte und wichtigste Hochburg durch eine gewaltige Niederlage. Schröder zieht die Notbremse und steuert auf eine Neuwahl des Deutschen Bundestages mit vorgezogenen Wahlen zu.

In dieser Situation ergreift Oskar Lafontaine die Initiative und fordert beide Parteien auf, gemeinsam bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im September 2005 anzutreten. Gregor Gysi schließt sich dem Appell an. Sie haben gemeinsame, aber auch unterschiedliche Motive und Vorstellungen. Ohne Abwertung sei gesagt, beide wollten zunächst zurück in die Politik und beide trauten sich zu, eine Schubkraft für den Erfolg bei der Wahl zu sein, was sich auch bestätigt hat. Ihr erstes gemeinsames Auftreten auf einem Parteitag, der nun schon Linkspartei.PDS,

machte sichtbar, wie sehr Gregor Gysi seinen taktischen Vorstellungen und seinem Bekenntnis, Teilnahme der PDS an einer Regierung schon als Wert an sich, verhaftet blieb. Oskar Lafontaine trat als politischer Stratege auf, der den Prozess der Bildung einer neuen deutschen Linkspartei in den geschichtlichen Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung stellte und eine klare Ansage für notwendige Inhalte einer programmatischen Entwicklung der neuen deutschen Linken machte.

Dieser Prozess zog und zieht sich durch die Wahlkämpfe und setzt sich in der inhaltlichen Formierung der Bundestagsfraktion Die Linke fort.

2. Der politische Vorgang der Parteibildung kommt zunächst in einen formalen Prozess.

- Ein gemeinsames Antreten ist nicht möglich, Parteienbündnisse für eine Liste sind in der BRD ausgeschlossen.

- Die zweite Vorstellung, PDS tritt im Osten an, die WASG im Westen, ist damit ausgeschlossen.

Es besteht die Notwendigkeit einer offenen Liste, die von der PDS getragen wird. Sie hat über ihre Teilnahme an den Wahlen und Vertretungen in den Landtagen dafür erforderliche Strukturen, materielle Voraussetzungen und politische Erfahrungen aus Erfolgen und Niederlagen. Die WASG stellt ihre erste

Bedingung an die PDS, um auf einer offenen Liste zu kandidieren. Es entsteht die Forderung, der Partei einen neuen Namen zu geben. Ein Sonderparteitag der PDS beschließt den neuen Namen: Linkspartei.PDS, mit der Kurzformel Die Linke. Die Chance eines erfolgreichen Wahlkampfes mit Einzug in den Deutschen Bundestag löst eine Kette von Kompromissen aus. Sie finden ihren Ausdruck im Wahlprogramm und in den Kandidatenlisten der Länder in Ost und West. Auch wenn die ersten Umfragen zwischen 12 und 15 Prozent lagen, das Wahlergebnis von 8,7 Prozent erweist sich als Erfolg. Eine Fraktion mit 53 Abgeordneten, davon 12 Vertreter der WASG, ist nun im Deutschen Bundestag. Die Fraktion findet und formiert sich. Die SPD, bei Umfragen noch bei 28 Prozent, erreicht ein Ergebnis um die 35 Prozent. Eine rot-rot-grüne Koalition bleibt außerhalb jeder Reichweite. Gedankenspiele über 2009 hinaus sind und bleiben eine Illusion - die Realitäten sind andere.

Die Opposition steht einer Großen Koalition gegenüber. Sie besteht aus drei Parteien mit unterschiedlichen Interessen - Gelb sucht Anschluss an Schwarz; Grün an Rot. Die Opposition findet sich punktuell wie zum Beispiel beim Untersuchungsausschuss über die Rolle des BND im Irak. Weichen für wirkliche Kooperation wurden nicht gestellt. Die große Koalition wird kaum unter Druck gesetzt. Die Schärfe dafür bleibt der Linken allein überlassen, die sie aber noch weit mehr ausspielen müsste.

3. Auch wenn bei der Wählerschaft bei den Wahlen zum Bundestag der Eindruck entstanden ist, mit der abgegebenen Stimme eine Linkspartei gewählt zu haben, es ist jedoch noch immer Tatsache, dass es sie bisher nicht gibt.

Die Vorstellung, durch die gemeinsame Arbeit in der Bundestagsfraktion wird der Bildungsprozess zwar nach wie vor schwierig, aber im Wesen störungsfrei ablaufen, erfüllt sich auch nicht so einfach. Die Landesorganisationen der WASG Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ziehen sich mehrheitlich auf die Kritik und Distanz zum Mitregieren der PDS aus der Gründungsphase der Partei zurück und treten möglicher Weise mit eigenen Listen bei den Landtagswahlen an. Ein politischer Schritt, der gegen den Parteibildungsprozess steht und ein Ereignis, das in den Landesvorständen der Linkspartei.PDS in den Ländern auf dem Gebiet der alten DDR etwas mehr kritisch-konstruktive Überlegungen auslösen sollte als bisher geschehen.

Das Weiter so - wir sind doch gut - sollte rechtzeitig hinterfragt werden. Den Dialog mit der WASG auf ihre Spaltung auszurichten, dürfte sich nach meiner Auffassung nicht auszahlen und könnte den Parteibildungsprozess, den zu wollen alle vorgeben, auf das Höchste belasten. Die Tendenz zur Beliebigkeit, wie sie in der Linkspartei.PDS mit der Debatte über die Privatisierung in Dresden auftritt, kann den Anspruch an linke Positionen und sozialistische Politik nicht erfüllen. Der Druck in der WASG, auf Trennung von einem ganzen Teil des Landesverbandes in Berlin, dürfte Folgen haben, die über Berlin hinausgehen. Die rot-roten Regierungen sind keine linke Erfolgsserie. Manches wurde erreicht, aber vieles nicht. "Weiter so!" in die nächste Koalition wäre eine falsche Ansage.

4. Auch wenn Wahlen und Parteibildungsprozess nicht von einander einfach zu trennen sind, so sind sie auch nicht das Gleiche. Es liegt ein Rahmenabkommen III für die Parteibildung vor und es ist ein programmatisches Eckpunktepapier veröffentlicht.

Sich auf das Rahmenabkommen zu beziehen, wenn es um ein konkurrierendes Antreten der Parteien bei Wahlen geht, oder für eine gemeinsame Liste mit Doppelmitgliedschaft einzutreten, aber zugleich die festgelegte Debatte über gemeinsame theoretische und politische Inhalte zu vernachlässigen, ist ein großes Versäumnis.

Das Eckpunktepapier ist stark auf soziale und ökonomische Probleme gerichtet, wobei auch hier Diskussionsbedarf zu einer Reihe von Problemen besteht. Das gilt zum Beispiel für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu Lasten sozialer Sicherheit, Erwerbsarbeit für alle, die Arbeit suchen, Militäreinsätze, das Verhältnis von Parteien und Bewegungen. Es gibt aber auch Probleme, die nicht benannt bzw. nicht beachtet sind, was jedoch für ein Programm nicht tragfähig sein könnte. Das gilt nach meiner Auffassung zum Beispiel für die Analyse des gegenwärtigen realen Kapitalismus, für die Gegenkräfte und den Widerstand gegen den Neoliberalismus, für den differenzierten Umgang mit der Geschichte, für eine Sozialismusdebatte, die international stärker läuft, als von der Linken in Deutschland wahrgenommen und gestaltet wird.

Im Parteibildungsprozess stellen wir uns bisher nicht genügend den folgenden Fragen: Welchen Charakter, welches Parteienverständnis wird die neue Partei prägen? Schlagworte wie pluralistisch, links und andere reichen nicht aus. Welches Profil braucht sie, um sich von der Sozialdemokratie abzugrenzen und einen eigenen Platz in der Gesellschaft einzunehmen? Gilt ein paritätisches Prinzip - wie sollen demokratische Verhältnisse entfaltet werden und Führungsstrukturen wirksam sein - wie wird die Quotierung gestaltet und anderes mehr.

5. Der Parteibildungsprozess läuft auf dem Gebiet der alten BRD ganz anders ab als in den Ländern auf dem Gebiet der alten DDR. Schon die Mitgliederzahlen sprechen dafür eine eigene Sprache und die Wählerschaft auch. Im Osten geht die Linkspartei.PDS von zirka 60y000 Mitgliedern aus, während es im Westen keine 5000 sind. Die WASG rechnet mit etwa 12y000 Mitgliedern und davon keine 1000 im Osten. Wenn bei den Bundestagswahlen etwa 4,2 Millionen Menschen die Linkspartei gewählt haben und im Osten und Westen davon jeweils die Hälfte, so liegt der Prozentsatz im Osten bei 25 Prozent und im Westen bei 4,9 Prozent. Was sich vollziehen soll, ist die Bildung einer Partei als politischer Prozess, der zwar von der Stärke der jeweiligen Partei beeinflusst, aber nicht bestimmt werden soll. Es geht um ein gemeinsames Programm, um gemeinsame Strukturen in einer Partei. Keine Übernahme ist angesagt, egal wie groß die Zahl der Mitglieder vor Ort ist. Wichtig ist die Vertrauensbasis, die im Dialog im Rahmen des Bildungsprozesses entsteht. Jeder Vergleich dieses Bildungsprozesses mit der Vereinigung von KPD und SPD im Jahre 1946 in der sowjetischen Zone verbietet sich von allein. Die SPD steht außerhalb dieses Vorganges und die DKP betrachtet sich als Teil linker Bewegung, nicht also als Teil einer neuen linken Partei. Wenn die neue deutsche Linke in den Traditionen der Arbeiterbewegung stehen will, dann geht es nur mit einem Bekenntnis zu den revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie und den humanistischen Elementen der kommunistischen Bewegung.

Wenn die Frage nach dem Tempo des Prozesses gestellt wird, sollte bedacht sein, dass er nicht unabhängig von politischen Entwicklungen und auch Zwängen zu betrachten ist. Es sollte klar sein, eine Fraktion und zwei Parteien geht nicht für längere Zeit. Eine Wählerschaft, die eine Partei wählen wollte, erwartet, dass der Prozess überschaubar wird. Soziale Bewegungen wählen eine Partei, die handlungsfähig ist und nicht verschiedene Ansagen. Ein Parteibildungsprozess sollte aus politischer Dynamik gespeist werden, die aber bei realer Betrachtung eher nachlässt als weiter zu wachsen. Es rückt die Zeit näher, wo es auch um den Namen der Partei geht, einen Namen, der auch eine Aussage über Ziel und Charakter trifft. Eine Möglichkeit könnte sein "Partei der demokratischen sozialistischen Linken (PDSL)". Tradition, Ziel und Charakter der Partei könnten so deutlich gemacht werden. Der Gedanke einer Wahlalternative gegen Sozialabbau und soziale Ungerechtigkeit hätte darin genau so einen Platz wie der demokratische Sozialismus.

Die Linke erlebt im internationalen Rahmen Ansätze eines Aufschwungs, der vor allem aus Lateinamerika kommt. Der Parteibildungsprozess einer neuen deutschen Linken findet große Aufmerksamkeit und Zustimmung. Er löst aber auch Erwartungen aus, die erfüllt sein wollen.

Beide Parteien werden Ende April 2006 ihre Parteitage noch einmal getrennt durchführen und, wie es heißt, sollen dort jene in Verantwortung gewählt werden, die den Bildungsprozess zum Erfolg führen. Es wird aber auch um den Platz einer neuen Linkspartei in der Gesellschaft gehen, um ihre programmatischen Ziele und ihr politisches Profil und ihre Struktur und um Aufgaben und Ziele, die, wie dargelegt, noch die Debatte und gemeinsame Entscheidungen fordern. Die Gründung einer neuen deutschen, sozialistischen Linkspartei braucht auch etwas Symbolisches - Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg könnten dafür stehen.

Prof. Dr. sc. Heinz Niemann

Der Fusionsprozess von Linkspartei.PDS und WASG, unter drei Aspekten betrachtet

1. Was für eine Partei braucht dieses Land, diese Gesellschaft?

Mit einem Satz gesagt: zuerst einmal eine kämpferische, gesellschaftlich starke und parlamentarisch verankerte Oppositionspartei mit einem alternativen Programm zur Bekämpfung und Überwindung der mit Sicherheit kommenden gesamtgesellschaftlichen Krise. Das kann keine Partei sein, die an alten und nur sehr partiell und zeitweilig erfolgreichen sozialdemokratischen Konzepten anzu-knüpfen versucht; mit denen kann der alte, in vieler Hinsicht bewahrenswerte Sozialstaat auf dem Boden des rheinischen Kapitalismus nicht verteidigt oder gar ausgebaut werden. Die dafür notwendigen Bedingungen sind nicht mehr vorhanden, weder national noch international.

a) Die Sozialdemokratie stützte sich in der Nachkriegszeit in ihrer Politik auf das Wirken aktiver gesellschaftlicher Gegenkräfte (Partei, Gewerkschaften, eigene Jugendorganisationen und Presse sowie gesellschaftliche Bewegungen und auf Reste eines sozialdemokratischen Arbeitermilieus).

b) Eine prosperierende und sich neue Märkte erschließende Wirtschaft ermöglichte die Verteilung von Zuwächsen ohne Beschneidung des maximalen Durchschnittsprofits und ohne an bedrohliche ökologische Grenzen des Wachstums zu stoßen.

c) Die Ablösung des Kolonialzeitalters konnte durch die Installation einer auf der weiteren Ausbeutung der dritten Welt beruhenden ungerechten Weltwirtschaftsordnung kompensiert werden, was insbesondere dem deutschen Kapital (durch Surplusprofit) zugute kam.

d) Die Konkurrenzsituation gegenüber der kommunistischen Bewegung und dem embryonal existierenden Sozialismus verlieh der Sozialdemokratie eine starke Position und ließ sie für ihr sozialreformerisches Programm Partner im bürgerlich-kapitalistischen Lager finden. Erleichternd hinzu kam die Möglichkeit, die Identität und die Vorzüge des westlichen Systems hauptsächlich im Gegensatz zum staatsautoritären Frühsozialismus des sowjetischen Hegemonialbereichs zu definieren.

e) Der Systemkampf milderte die Konkurrenz unter den führenden westlichen Industriestaaten und schuf eine gewisse Interessensolidarität zwischen ihnen, die innere Systemwidersprüche dämpfte und organisatorisch abgesichert wurde (IWF, EU, WTO, G7 und andere).

f) International fand diese Entwicklung unter Friedensbedingungen und zumindest lange Zeit mit vergleichsweise geringeren Rüstungsbelastungen für die BRD statt. Das militär-strategische Gleichgewicht, ein Gleichgewicht des Schreckens, ermöglichte zugleich eine neue Ostpolitik, erste gleichgewichtige Abrüstungsschritte und eine Politik des Wandels durch Annäherung. Für das Konzept der gemeinsamen Sicherheit (KSZE) leistete die SPD im Westen das, was die SED im Osten dafür tat. Der Krieg als Mittel der Politik war zumindest in Europa infolge des atomaren Patts, seit der Niederlage der USA in Vietnam auch in übrigen Teilen der Welt ausgeschaltet.

In vier dieser Voraussetzungen ist eine ganz entscheidende weitere Bedingung unausgesprochen versteckt: die Anerkennung und Praktizierung des Primats der Politik, was besagt, dass die Politik nicht nur der Wirtschaft gewisse Rahmenbedingungen, die Richtung und ein bestimmtes Maß ihres Wirkens vorgibt. Für sozialdemokratische Politik hieß das zuvörderst, durch Gesetzgebung und Regierungspraxis Chancengleichheit und Mitbestimmung anzustreben und in gewissen Rahmen zu sichern, dass die Wirtschaft für die Menschen und nicht umgekehrt die Menschen für die Wirtschaft da zu sein haben, wie es der ordoliberalen Marktradikalismus der Neoliberalen predigt und praktiziert.

Die unter Schröder vollzogene Ent-Sozialdemokratisierung, die zu Lafontaines Rückzug und zur WASG geführt hat, ist nicht zufällig, nicht rein subjektiv bedingt. Der vom Systemkampf befreite globalisierte Imperialismus braucht keine traditionelle Sozialdemokratie, er ist Reaktion auf der ganzen Linie und stellt die sozialreformerische Sozialdemokratie vor die Alternative, sich zum Neoliberalismus zu bekennen, dem TINA-Prinzip zu unterwerfen oder sich zur Systemopposition zurück zu kehren und auf den Klassenkampf von oben mit der Organisation des Klassenkampfes von unten zu antworten. Das aber kann keine sozialdemokratische Partei ohne Bruch mit ihrer Vergangenheit der letzten

ein-hundert Jahre. Es würde die Rückkehr zur marxistischen Gesellschaftsanalyse und Programmatik bedeuten. Dieser Prozess scheint in etwas paradoxer Form mit der WASG, von den Lafontainenisten versucht zu werden, die eine Erneuerung der SPD anstreben. Dafür brauchte es Verbündete von links, die die PDS stellen müsste, statt dessen findet eine Sozialdemokratisierung der PDS statt, wird ein Weg zurück beschritten, um einen Platz einzunehmen, den es nicht mehr gibt.

2. Was ist gegenwärtig möglich und notwendig?

Die oben genannte Entwicklung der Linkspartei.PDS in programmatischer, gesellschaftstheoretischer Hinsicht ist meines Erachtens falsch, ihr politisches Agieren in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit (Bewegungen) unzureichend, ihre personelle Aufstellung bedenklich, das Gerede über baldiges Mitregieren naiv oder sträflich. Aber: Im Moment ist mehr als der angestrebte Fusionsprozess offenbar nicht möglich. Sich ihm jetzt verweigern, abzuspalten ist zur Zeit der falsche, ewig gleiche Weg in die Zersplitterung. Bei der WASG gibt es nach meiner Beobachtung viele sehr kritische, linke Köpfe, vor allem wesentlich mehr junge und jüngere als in der PDS. (Ein paar Querulanten gibt es immer, und meist auch ein oder zwei besonders Radikale, die so oder so das Geschäft des Verfassungsschutzes betreiben, die Linke zum sich selbst Zerfleischen zu provozieren.)

Für Linke gibt es drei mögliche Optionen:

a) sich mit innerparteilichem Murren und Kritisieren begnügen, also die nützlichen Idioten spielen, weil man kritische Sympathisanten und Wähler bei der Stange hält oder

b) austreten, sich abspalten, einen eigenen Verein gründen und damit ins Abseits geraten;

c) für marxistische Sozialisten/Kommunisten gibt es nur die dritte: sich einbringen und mit größtem Engagement um die politische und geistige Führung kämpfen, um die neue Linke zu einer wahrhaft sozialistischen Programmpartei mit gesellschaftlicher Resonanz und starker parlamentarischer Vertretung zu machen, sie aus der Opposition heraus ständig zu stärken mit dem Ziel, zum gegebenen Zeitpunkt als starker Partner auch zum Mitregieren fähig zu sein. Eine solche Entwicklung hätte auch die positivsten

Auswirkungen auf die SPD-Linke, die dann eventuell wieder zu einer wirklichen Linken werden könnte. Noch gibt es allerdings keine Ausnahmesituation (wie sie im Keim vor und auf dem Geraer Parteitag entstanden war), um die innerparteiliche Machfrage zu stellen. (Die Parteioligarchien waren immer nur in solch seltenen Extremsituationen von links und von unten infrage zu stellen wie 1917, 1945, 1989 ...)

Der gegenwärtige Zustand der Linkspartei.PDS ist dadurch gekennzeichnet, dass der sozialreformistische Flügel und die gegenwärtige Führung gesiegt haben. Die Sozialdemokratisierung ist fast komplett. Beispiele: Die marxistische Theorie ist obsolet, der propagierte wissenschaftliche Pluralismus führt zu theo-retischer Beliebigkeit, der Bruch mit dem Stalinismus wurde zur Absage an die SED-DDR-Geschichte (siehe Präambel des Berliner Koalitionsvertrages), sozialistische Parteilichkeit wurde bürgerlichem Wohlverhalten geopfert, zum Beispiel mit der Entschuldigung bei Bush für die Plakataktion, Chavez als Polithasardeur diskriminiert, Zustimmung zur Kuba-Resolution, Sozialismus nur noch eine "Vision", Koalitionspraxis vor allem in Berlin, vorherrschende Parlamentarisierung der Noch-Opposition und die Verlagerung wichtiger Entscheidungen in die jeweilige Fraktion, Antrag des Berliner LV an den vorletzten Parteitag: "Die PDS ist - wie die SPD - eine demokratisch verlässliche Partei", Mitregieren wird als Wert an sich verteidigt, Nachwuchskader ohne historisch und theoretisch gefestigte Position, nicht nur Erfahrung fehlt, die Beibehaltung der sozialistischen Phrase und praktische Revision. - Zitat D. Klein: "Die Lösung der Eigentumsfrage in erster Linie durch eine Erneuerung der Demokratie anzustreben, um die Verfügung über sämtliche Eigentumsformen durch den Druck der Zivilgesellschaft von unten sozialen Kriterien zu unterwerfen - das zielt auf die Überwindung der Profitdominanz jenseits traditionalistischer Vorstellungen." Ein Meisterstück rabulistischer Spiegelfechterei, ein typisches Merkmal bei der Verdunkelung der einfachen Tat-sache: Die Eigentumsfrage soll möglichst kaum wahrnehmbar durch das Verfü-gungsrecht ersetzt werden.

3. Was sollte die marxistisch-sozialistisch/kommunistische Linke tun?

Es wäre falsch, die organisatorische Einheit als Wert an sich unter allen Bedingungen anzustreben. Die wachsende Differenziertheit moderner Gesellschaften spricht eigentlich dagegen. Die Einheit in der Aktion für die gemeinsamen Interessen ist primär. Gegenwärtig aber sollte die dritte der drei alternativen Möglichkeiten praktiziert werden, das heißt, alles was links und marxistisch denkt und fühlt, rein in den Fusionsprozess, die Stunde der Rifundazione Communista wird später schlagen. Die Führungsfrage offen aufwerfen, den Kampf um die Führung aufnehmen und gewinnen, denn es ist nicht naturgegeben, dass in einer (weltanschaulich) pluralistischen Partei immer die anderen, niemals die radikale Linke die Mehrheit und das Sagen hat. Die Bestimmung dieses Ziels hängt mit der Antwort auf die eingangs gestellte Frage zusammen: Was für eine Partei braucht dieses Land und diese Gesellschaft? Die Antwort liefert die kommende und teils bereits gegebene Krise. Über die Symptome gibt es noch einige zutreffende Einsichten und partielle Analysen. So werden solche Krisenmerkmale konstatiert wie Politikverdrossenheit, Wahlverweigerung, neonazistische Stimmengewinne, die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden und auch das Versagen der angeblich zu Bekämpfung der Krise vorgestellten Konzepte der Regierenden in fast allen EU-Ländern. Die Randalie in Frankreich werden zumindest als mögliche einzelne wirre Vorboten dieser Krise wahrgenommen.

Jeder Wahltag mit den üblichen Siegern und ihrem Geschwätz stellt im Grunde nichts weiter dar als das mediale Schaulaufen von Politikprofiteuren. Hinter dem von den wiedergewählten Siegern wie Verlierern und Politologieprofessoren erzeugten Nebelvorhang wird sorgfältig verborgen, was immer öfter die eigentliche Krise des Parlamentarismus und des parlamentarischen Systems illu-striert: das Herzstück jeder Demokratie, das Mehrheitsprinzip ist ersetzt durch das einfache Majoritätsprinzip. Nur das jeweilige (unterschiedliche) Wahlsystem zwingt dann zur Regierungsbildung durch jene, die von welcher Minderheit auch immer gewählt gemeinsam eine Majorität der Mandate zusammenbringen. Anstelle der Minderheitsregierungen (in den USA oder Ländern mit Mehrheitswahlrecht wie Großbritannien) werden in Ländern mit Verhältniswahlrecht (wie der BRD) zwingend Große Koalitionen typisch. Bisheriger HöheÄ, besser Tiefpunkt hierzulande war die Landtagswahl in Sachsen Anhalt (27. März 2006), wo eine Minderheit der Wahlberechtigten (44 Prozent) eine Regierung der Großen Koalition zweier Parteien erzwingt, die zwar 60 Prozent der Wähler repräsentiert, die aber eben nur knapp 27 Prozent der Wahlberechtigten hinter sich hat. Wir scheinen flotten Schrittes auf dem Weg zurück zu einem feudalistischen Dreiklassenwahlrecht zu sein. Nur ein Viertel oder Drittel der Staatsbürger nehmen praktisch Einfluss durch Wahlen auf die Zusammensetzung der Regierung. Früher waren es der obere (erste) Stand bzw. die besten Steuerzahler, heute jene, auf die der best finanzierte Wahlkampf den größten Eindruck macht. Zunehmende Wahlverweigerung vieler Menschen hat - von schlechtem Wetter und ungeliebten Kandidaten mal abgesehen - neben sekundären Ursachen wie mangelnde Bildung oder

religiös bedingte Abstinenz unter anderem ihre letzte Quelle in der sich wiederholenden Erfahrung der praktisch weitgehenden Folgenlosigkeit jeder wie auch immer getroffenen Wahlentscheidung. Parlament und Politik (Regierungsmacht) egal welcher Färbung und Zusammensetzung sind stets gebunden an die von den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen definierten und nicht infrage zu stellenden Interessen und entsprechenden Zielen jeglicher Regierung. Das Primat der Ökonomie findet seine Realisierung in dem Paradoxon eines Primats der Politik, durch welches garantiert wird, der Ökonomie die besten Wirkungsbedingungen (Profitchancen) zu sichern. Gerade letztere Erscheinung weist auf die eigentliche Quelle der Krise hin. Der Staat wird nicht irgendwie zwangsläufig infolge der unbeeinflussbaren Globalisierung entmachtet, er wird den Interessen der Wirtschaft untergeordnet und funktioniert bei der Standortsicherung, das heißt der Sicherung von maximalem Profit sehr gut. Nichts von "Ohnmacht" bei der Konzipierung und Durchsetzung einer Agenda 2010!

Die eigentliche und primäre Krisenursache der Politik, die auf die Gesamt-gesellschaft durchschlägt, muss mithin in der Sphäre der Ökonomie gesucht werden. Sie besteht in der neuen Qualität der kapitalistischen "Fehlrationalisierung" (Otto Bauer). Den exorbitanten Sprüngen in der Erhöhung der Arbeitsproduktivität (und wachsenden Gewinnen) infolge des umfassend und sprunghaft veränderten Charakters der Arbeit (durch eine qualitativ neue Stufe der Intelligenzintensität) steht die Entstehung eines Massenheeres an Langzeit-

bzw. Dauerarbeitslosen gegenüber, deren soziale Kosten auf die Gesellschaft, das heißt als Last auf das Staatsbudget übertragen werden, welches gerade infolge dieses Prozesses auf geringeren Einnahmen beruht. Wir beobachten einen tendenziellen Fall der Staatsquote. Während die Wirtschaft die verringerte Binnenkaufkraft durch ein Wachstum des Exports und Investitionen im Ausland (noch längere Zeit) kompensiert, freies Geldkapital auf internationalen Finanzmärkten vagabundiert und unabhängig vom realen Wirtschaftsgeschehen Profite durch Börsenspekulation realisiert bzw. auch Sparvermögen kleiner Leute vernichtet (shareholder value), bleibt den Regierenden (egal welcher bürgerlichen Koalition) nur der Ausweg im Abbau des Sozialstaates, der Abwälzung der von der Wirtschaft verursachten Sozialkosten auf die Massen. Die Struktur des Budgets wird umgestaltet: Sozialabgaben gesenkt zur Sicherung des Schuldendienstes an die Banken und für Investitionen, die der Privatwirtschaft weitere Gewinne garantieren und zusätzliche "Rationalisierungen" ermöglichen, wodurch der Wirtschaftsstandort verbessert werden soll. Der verhängnisvolle Kreislauf kann weitergehen. (Keynes hilft nur sehr marginal.) Die Fragen, die dieser Circulus vitiosus aufwirft, lässt Marx so aktuell wie keinen anderen jüngeren oder auch älteren Gesellschaftstheoretiker erscheinen. Er hatte beide Seiten dieses Prozesses schon seinerzeit beschrieben: die ständige Umwälzung und Erneuerung der PK durch die Bourgeoisie und die Grenzen, an die diese Entwicklung stoßen wird, wenn sie "total", im globalen Maßstab vollzogen sein wird. Die Theoretiker der PDS müssten schon sagen, wie unter diesen Umständen ihre "Erneuerung der Demokratie" erfolgen soll. Gewiss nicht durch den einen oder anderen Regierungsposten mehr. Eher durch eine strikt oppositionelle sozialistische Programmpartei.

Dokument

Max Fechner

Offener Brief an Dr. Schumacher

Werter Genosse Dr. Schumacher

Als 1933 der Vorstand unserer Partei in die Emigration ging, wurde ein zentraler Ausschuß vom Parteivorstand mit der Aufgabe betraut, die illegale Arbeit der Partei weiterzuführen. Die Ueberlebenden dieses Ausschusses haben sich aus den Reihen ihrer illegalen Mitkämpfer aus dem ganzen Reich ergänzt und wurden als Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von den Besatzungsmächten anerkannt. Der Zentralausschuß wurde durch die erste große Funktionär-Konferenz in Anwesenheit von 300 Vertretern aus der westlichen Zone bestätigt.

Ich schicke diese Tatsache als Erklärung dafür voraus, daß ich Ihnen diesen Brief schreibe. Als Beauftragter des letzten Parteivorstandes fühle ich mich verpflichtet, mich in der entscheidenden Stunde der Arbeiterbewegung noch einmal an Sie zuwenden.

Ich hege nicht die Hoffnung, Sie mit diesen Zeilen in der Frage umzustimmen, die uns alle bewegt, wengleich es auch mein Wunsch wäre, dass auch Sie sich noch positiv entscheiden würden, wie es ungezählte Männer und Frauen tun, die zuerst zweifelten, dann prüften, wägten und schließlich sich der Bewegung anschlossen, die heute die deutsche Arbeiterklasse mit so unaufhaltsamer Wucht erfaßt hat. Welche Gründe, so frage ich mich, bestimmen Sie wohl, sich dieser politischen Willensäußerung von Millionen Werktätiger entgegnenzustellen?

Ich will mir die Beantwortung der Frage nicht leicht machen, und sie etwa dadurch beantworten, daß Sie kurzfristig die Reaktion unterschätzen. Das will ich von einem Genossen, dazu noch von einem führenden Funktionär, nicht annehmen. Doch muß ich leider feststellen, daß die Auswirkung Ihrer politischen Einstellung zur Einheitsfrage mehr den Gegnern eines fortschrittlichen Deutschlands dient als der deutschen Arbeiterklasse.

Die Vereinigung beider Arbeiterparteien in einer großen sozialistischen Partei ist von so weitreichender Bedeutung, von so tiefgehender politischer Wirkung für die deutsche Arbeiterbewegung und von so umfassender nationaler Gewichtigkeit, daß ich es sehr wohl verstehe, wenn man als alter Sozialdemokrat sich lange besinnt und wägt, bevor man sich dafür entscheidet. Und nichts ist törichter, als eine so lebenswichtige Frage in der Atmosphäre der Leidenschaften und Gefühle, oder auch im Tone der gehässigen Unduldsamkeit zu erörtern oder sogar ihre positive Beantwortung kommandieren zu wollen. Nichts liegt uns ferner als das!

Ich weiß es aus ungezählten Gesprächen mit alten und jungen Genossen, welche inneren Kämpfe viele von ihnen auszutragen hatten, bevor sie "Ja" sagten, und ich weiß, daß in Millionen deutscher Arbeiter über alle Zonen diese eine große Frage brennt und von jedem in eigener Entscheidung beantwortet werden muß, der sich der Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus gegenüber verantwortlich fühlt. Ueber alle Zonengrenzen hinweg geht diese Frage, sie geht nicht nur den Arbeiter im Berliner Betrieb oder im sächsischen oder thüringischen Industriegebiet an, nein, auch vor dem Arbeiter auf der Hamburger Werft, vor dem Werk tätigen im Bayerischen Wald und vor dem Arbeiter an Rhein und Ruhr steht diese Frage und verlangt eigene Entscheidung. Denn es ist eine nationale Frage, es ist die erste große politische Willensäußerung unseres zur politischen Freiheit und zur demokratischen Selbstbestimmung erwachenden Volkes.

Und hier trennen wir uns, hier liegt die erste Antwort auf meine Frage, was Sie veranlaßt haben kann, sich so abseits zu stellen.

Sie denken in Zonengrenzen, meine politischen Freunde und ich sehen Deutschland.

Wir haben vom ersten Tage unserer Arbeit die Zoneneinteilung nur als eine vorübergehende technische Verwaltungsmaßnahme der Besatzungsmächte gewertet, und wir sind in allen unseren Ueberlegungen von der Einheit Deutschlands ausgegangen. Es war unser ehrlicher Wille, alles zu tun, um den Organisationsaufbau unserer Partei im Reichsausmaß mitaufzurichten zu helfen, und wir haben es als Sozialisten für selbstverständlich gehalten, daß nach der Zulassung der Parteien unsere Partei trotz der Zonengrenzen einheitlich und planmäßig unter reichseinheitlicher Abstimmung geschaffen werden mußte, wie es die KPD trotz der Zonengrenzen getan hat.

Sie erinnern sich, daß im Oktober 1945 Genosse Grotewohl und ich vom Zentralausschuß zur ersten Parteikonferenz der SPD der westlichen Zonen nach Wennigsen delegiert wurden. Wenn es uns auch nicht erlaubt wurde, an der Konferenz offiziell teilzunehmen, so haben wir doch damals vereinbart, die Parteiarbeit im Westen und Osten aufeinander abzustimmen und in ständiger Verbindung zu bleiben. Von Ihren Bemühungen, diese Vereinbarung im Interesse der Partei innezuhalten, habe ich leider nichts gehört. Es wurde deshalb im Dezember 1945 der Genosse Gniffke nach Hannover delegiert, um die Versuche zur Herstellung einer gemeinsamen Parteiarbeit zu erneuern. Die Tatsache, daß Sie unseren Vertreter zunächst stundenlang warten ließen und schließlich durch Ihr Fortgehen eine Besprechung verhinderten, mußte er als ein Zeichen dafür deuten, daß Ihnen an einer Zusammenarbeit mit uns wenig lag und die Abstimmung der Parteiarbeit über die Zonen hinweg Ihnen nicht wichtig oder nicht wünschenswert erschien. Am 8. 2. 1945 fand dann, wieder auf unsere Anregung hin, in Braunschweig eine Besprechung von zwei Delegierten des ZA mit Ihnen statt. Auch dieses Mal versperren Sie sich unserem Vorschlage, die Partei soweit im Reichsausmaß einheitlich zu organisieren, wie es trotz der Zonen technisch überhaupt nur möglich ist; Sie lehnten ebenfalls unseren Plan ab, auf einem Reichsparteitag oder einer Reichskonferenz als der höchsten Instanz unserer Partei die Vereinigung zu besprechen und zu entscheiden.

Als Sie dann Mitte Februar nach Berlin kamen, geschah es leider nicht, um unsere über viele Monate mit so enttäuschendem Mißerfolg unternommenen Bemühungen der engeren Fühlungnahme von ihrer Seite endlich zu unterstützen, sondern Sie kamen mit der Absicht, um den unseligen trennenden Zonenstandpunkt nun auch noch auf die vier Sektoren in Berlin zu übertragen. Sie haben mit dieser Forderung Ihrer Sache schwer geschadet.

Denn wir Sozialisten kennen keine Sozialdemokratische Partei der amerikanischen, britischen, französischen oder russischen Zone, sondern nur eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Und

ebenso kennen die Berliner Genossen keine in den vier Sektoren ein politisches Sonderdasein lebende Partei, sondern nur den Berliner Bezirksverband der SPD.

Wenn Sie sich nicht so verbissen hinter Ihren Zonenstandpunkt verschanzt hätten, dann wäre es möglich gewesen, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien auf einem Reichsparteitag gemeinsam zu beraten, wie wir es der Einheit unserer Partei, aber auch der Einheit Deutschlands wegen für unerlässlich gehalten haben. Ich lege auf diese Feststellung besonderen Wert, da sich aus ihr eindeutig die Tatsache ergibt, daß Sie allein die Verantwortung dafür tragen, daß der von allen Mitgliedern geforderte Parteitag nicht durchgeführt werden kann. Wir haben in allen unseren Verlautbarungen zur Einheitsfrage stets den Parteitag als die allein darüber zu entscheidende Instanz gefordert und seine Durchführung als selbstverständlich vorausgesetzt. Daß aber die Zonenaufteilung Deutschlands sich so trennend zwischen die deutschen Sozialdemokraten legen könnte, daß selbst ein führender Funktionär wie Sie die Einheit unserer Partei einem verhängnisvollen Parteipartikularismus opfern würde, das allerdings habe ich nie für möglich gehalten.

Sie arbeiten mit der für unser Volk sich so nachträglich auswirkenden Zonenaufteilung als mit einer feststehenden politischen Größe und sie lehnen alle Versuche ab, um die selbst von den Siegermächten garantierte Einheit Deutschlands von uns aus im Rahmen des Möglichen wieder Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands liegt nicht in unserer Macht, das wissen Sie so gut wie ich. Und wann sie einmal erfolgen wird, wissen wir beide nicht. Aber das eine weiß ich, daß unter den obwaltenden Machtverhältnissen in Deutschland nur eine Kraft die Reichseinheit vor dem Auseinanderfallen bewahren kann, und das ist die über alle Zonengrenzen sich erstreckende Millionenpartei der sozialistischen Einheitsbewegung.

Diese politische Kraft aber können wir selbst schaffen, und sie wird, von einheitlichem Willen gelenkt, in allen Teilen Deutschlands die einzige wirkungsvolle Kraft sein gegen Partikularismus und beschämende Sonderbündlerei.

Sie aber leisten mit Ihrem engherzigen Zonenstandpunkt der Gefahr Vorschub, daß Deutschland sich bei der angekündigten, jahrelangen Aufrechterhaltung der Zonengrenzen auseinanderlebt und damit das kostbarste Gut verliert, das ihm geblieben ist, nämlich seine nationale Einheit.

Ich muß annehmen, daß Sie mit Ihrer Forderung, "erst Reichseinheit, dann Reichsparteitag", die Schaffung der Einheitspartei im Reichsausmaß nur hinauszuzögern versuchen, denn ich will es nicht glauben, daß Ihnen als einem verantwortlichen deutschen Politiker die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands nicht ebenso am Herzen liegt wie uns. Daß Sie aber aus taktischen Gründen die an sich schon bestehende Gefahr für die Einheit Deutschlands erhöhen, ist mir völlig unverständlich. Wenn Sie Ihrer Sache so sicher wären, wenn Sie selbst daran glaubten, daß die Mehrzahl der Mitglieder unserer Partei nicht die Vereinigung will, warum haben Sie dann nicht einem Reichsparteitag zugestimmt? Da Sie doch angeblich frei und ohne jeden Druck politisch arbeiten können, wäre es Ihnen doch ein Leichtes, aus zwei Drittel des Reiches Delegierte zum Parteitag zu entsenden, die wesentlich, wenn nicht sogar entscheidend die Beantwortung der Frage der Vereinigung beeinflussen könnten. Warum, so frage ich Sie, verbieten Sie dagegen den Funktionären des Westens die Teilnahme am Parteitag als Delegierte?

Warum, frage ich Sie, benutzen Sie ein so undemokratisches Mittel und bedrohen die Funktionäre mit Parteiausschluß, die als Gegner oder Befürworter der Vereinigung nach Berlin kommen wollen? Warum unterbinden Sie mit so drakonischen Methoden die freie Meinungsäußerung in der Mitgliedschaft unserer Partei im Westen, von der ich weiß, daß sie mit heißem Herzen die Entwicklung der Einheitsfrage verfolgt und selbstverständlich an dieser Entscheidung beteiligt sein will, ganz gleich, ob befürwortend oder verneinend. Unsere Genossen im Westen werden aber durch Ihren parteipartikularistischen Zonenstandpunkt und durch die undemokratischen Mittel, mit denen Sie die Mitglieder in die Zonengrenzen sperren, daran gehindert, zu der lebenswichtigsten Frage der deutschen Arbeiterbewegung durch ihre freigewählten Delegierten Stellung zu nehmen.

Ich kann in allen Ihren Handlungen beim besten Willen nicht die Haltung des Mannes erkennen, der seiner Sache so sicher ist, wie Sie es vorgeben. Vielmehr sehe ich hinter den Taktiken und fragwürdigen Methoden die Befürchtung des Politikers, der genau spürt, daß er für eine verlorene Sache kämpft. Wie klein erscheint angesichts des Einheitswillens Ihr Argument, wir müßten erst wählen, dann vereinigen. Sie wissen genau wie ich, daß die SPD immer die stärkste Arbeiterpartei war und sicherlich auch heute ist. Sie wissen aber auch, daß die zahlenmäßige Stärke der Parteien Schwankungen unterliegt. Wir hatten z. B. 1919 167 Abgeordnete, die KPD 0 Abgeordnete, 1932 die SPD 121

Abgeordnete, die KPD 100 Abgeordnete. Warum wollen Sie die ohnehin schon feststehende Tatsache noch durch eine Wahl bestätigen lassen? Kommt es heute noch darauf an? Glauben Sie wirklich, durch eine Wahl der Sache der Einheit zu dienen? Das genaue Gegenteil ist der Fall, und Sie haben es im Interview im "Berliner" vom 26. 2. 46 klar ausgesprochen, als Sie sagten, daß "nach einer Wahl das ganze Theoretisieren und Manövrieren unnötig wäre, da die Antwort wahrscheinlich eindeutig für eine große selbständige SPD gegeben würde".

Als ich das las, wußte ich, was ich bisher nicht glauben wollte, daß nämlich Ihre sonstigen Bekenntnisse für die Einheit der Arbeiterklasse nur Lippenbekenntnisse waren. Sie wollen die in einer Wahl sich zeigende Ueberlegenheit der SPD nur als Waffe gegen die Vereinigung benutzen!

Ich halte es für meine Pflicht, die Genossen gegen diesen schweren Vorwurf zu schützen, die heute noch in der Opposition stehen, aber nicht, weil sie wie Sie es tun, die Vereinigung grundsätzlich ablehnen, sondern weil sie Tempo und Form kritisieren.

Das muß ich zur Ehrenrettung besonders des Teiles der Berliner Genossen sagen, der heute noch glaubt, sich gegen die Vereinigung aussprechen zu müssen.

Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß diese in den bestimmten Berliner Tageszeitungen so hofierten Genossen grundsätzliche Gegner der Einigkeit seien. Sie wollen alle die Einheit in der Arbeiterklasse. Und ich zweifle nicht einen Augenblick daran, daß sich der größte Teil dieser Opposition zur Einheitspartei bekennen wird, selbst wenn man über die angeblich undemokratische und übereilte Verfahrensweise verstimmt ist.

Ich kann es mir nicht denken, daß dieser Teil unserer Genossen bei seiner grundsätzlichen Zustimmung sich nur aus mehr technisch-formalen Gründen so den Weg zur Einheit verbaut, daß er abseits stehen bleibt und neben dem neuen

Lebensstrom der deutschen Arbeiterklasse verärgert und verbittert in Klübchen und Sekten vertrocknet. Ich erlaube mir, Ihnen die Folgen aufzuzeigen, die sich nach meiner Auffassung aus Ihrem ablehnenden Standpunkt für die zukünftige Innenentwicklung in Deutschland ergeben müssen: Die SPD würde aus einer Wahl sicherlich nicht so stark hervorgehen, daß sie die absolute Mehrheit besitzen würde. Wir hatten, wenn ich mich nicht irre, 1919 in der Nationalversammlung 37 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Also müßte die SPD eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien eingehen. Die KPD würde sicherlich dadurch abermals in die Opposition gedrängt, und das alte Spiel von 1918-1933 hebt von neuem an.

Die SPD wäre wie 1918 mit der Verantwortung des Aufbaues belastet, und sie könnte durch ihre Bindung an bürgerliche Parteien nicht grundsätzliche sozialistische Politik betreiben, sondern wäre zu Kompromissen gezwungen. Links von ihr aber stände eine revolutionäre Arbeiterpartei in angreifender Opposition. Der Bruderkampf der Arbeiterparteien würde sich vertiefen. Sieger aber in der zweiten deutschen Demokratie wäre weder die SPD noch die KPD noch der von beiden Parteien erstrebte Sozialismus.

Sieger wäre die Reaktion!

Daran besteht kein Zweifel. Wer die Möglichkeit dieser Entwicklung nicht sieht, hat aus der Vergangenheit nichts, aber auch gar nichts gelernt.

Sie reden sehr viel von der Demokratie, wir haben in gemeinsamer Arbeit mit den Genossen von der KPD für ihre Sicherung gearbeitet. Wir haben die in den "Grundsätzen und Zielen" der SEP aufgeführten ersten Gegenwartsforderungen zum großen Teil durchgeführt. Wir haben die Ueberreste des Hitler-Regimes in Gesetzgebung und Verwaltung beseitigt.

Wir sind dabei, die kapitalistischen Monopole zu beseitigen und die Unternehmungen der Kriegsschuldigen und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltung zu geben.

Wir haben durch die demokratische Bodenreform die Großgrundbesitzer entmachtet und die reaktionären Militärkreise damit empfindlich getroffen.

Wir haben eine demokratische Selbstverwaltung geschaffen, in der neben bewährten alten Beamten befähigte Werk tätige als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, als Volksrichter, als Betriebsleiter tätig sind.

Wir sind dabei, eine großzügige Schulreform durchzuführen, die von der Absicht geleitet wird, der unverbrauchten Intelligenz der Werk tätigen den Weg zu den höchsten Bildungsstätten unseres Volkes zu ebnen.

Dagegen scheint mir die Sache der Demokratie in Ihrem politischen Wirkungsbereich auf bedenklich schwächeren Füßen zu stehen. Denn während Sie über Demokratie reden, statt aus der Erfahrung von 1918-1933 die wirklichen Sicherungen für sie zu schaffen, schlüpfen durch die Hintertür all die

Reaktionäre, denen der Boden bei uns zu heiß geworden ist: Diese Herren wittern, daß die von Ihnen so gepriesene "Freiheit der Persönlichkeit" sich ungehemmt und profitbringend entfalten kann. Auf diese wieder erstarkende Reaktion erlaube ich mir, Ihre Aufmerksamkeit zu lenken. Sie ist Ihnen sicherlich deshalb entgangen, weil Ihr Blick in Erwartung eines vermeintlichen Gegners zu einseitig östlich gerichtet ist.

Wenn Sie in der westlichen Zone nur annähernd soviel für die tatsächliche Zusammenarbeit geleistet hätten, wie wir es kameradschaftlich in beiden Arbeiterparteien getan haben, dann brauchten wir uns nicht so um die innenpolitische Entwicklung in Deutschland zu sorgen, wie es angesichts der tatsächlichen Verhältnisse leider der Fall ist.

Ich erspare es mir, auf die zweitrangigen Argumente näher einzugehen, die Sie gegen die Vereinigung anführen. Besonders die dem kriegerischen Arsenal entnommenen Begriffe, wie "Auffressen", "Blutspender", "Eroberung" usw. entstammen einer feindlichen Grundeinstellung zu einer Arbeiterpartei. Ich würde es dagegen für richtiger halten, wenn Sie Ihre politische Erfahrung und Ihr Können gleichsam als Mitgift unserer Partei bei der Bildung der neuen Partei in die Waagschale werfen würden. Damit wäre der Sache der Arbeiterklasse mehr gedient.

Ob ich die Lehren aus der Vergangenheit ziehe, ob ich die nach Hilfe und nach geschlossenem Einsatz aller Kräfte stets verlangende Not der Gegenwart sehe, oder ob ich in die Zukunft unseres Volkes blicke: Es gibt für mich nur eine Antwort, nur eine politische Entscheidung: Und das ist die Schaffung einer

sozialistischen Millionenbewegung, zusammengeschlossen in einer einigen deutschen Partei aller Schaffenden.

Wir stehen vor einer entscheidenden Phase in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die kommenden Generationen werden darüber entscheiden, wer sich in der deutschen Arbeiterbewegung in ihrer großen Stunde schuldig gemacht hat. Ich aber bin des-sen gewiß, daß wir es nicht sein werden, über die die Geschichte richten wird.

Mit sozialistischem Gruß!

Max Fechner

"Das Volk" (Berlin), 21. März 1946

V o r a n k ü n d i g u n g

Anlässlich des 150. Geburtstages von Georgi W. Plechanow findet am

Sonnabend, dem 18. November 2006

in Berlin unser 26. gemeinsames Kolloquium statt.

Thema: Georgi W. Plechanow in unserer Zeit

Wir laden herzlich zur Teilnahme ein.

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte Geschichtskommission der deutschen Arbeiterbewegung beim Parteivorstand der DKP bei der Linkspartei.PDS

Das Kolloquium tagt von 10.30 bis 16.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Mitte, Club Spittelkolonnaden, Leipziger Str. 47 (Eingang Jerusalemer Str., U-Bhf.

Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079 Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

E i n l a d u n g

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 23. September 2006

eine Konferenz zum Thema

1956 -

Beginn einer neuen Phase

der Systemauseinandersetzung.

Fakten - Probleme - Wirkungen

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen

Arbeiterbewegung bei der Linkspartei.PDS, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.v. Wuppertal und die Redaktion junge Welt, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 10.30 bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Mitte, Club Spittelkolonnaden, Leipziger Straße 47 (Eingang Jerusalemer Str.) (U-Bahnhof Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

Vorträge:

Harri Czepuck

Zuspitzung der Systemauseinandersetzung - verstärkte Aggressivität des Imperialismus

Prof. Dr. Harald Neubert

Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Wirkungen

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079 Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574